

vorwärts

die sozialistische zeitung.



Positionen

Die KPÖ spricht sich gegen jede Militärintervention in Libyen aus und verweist dazu auf die Position der Europäischen Linken. «Es steht ausser Frage, dass die Zeit des Gaddafi-Regimes politisch abgelaufen ist und auch in Libyen demokratische Verhältnisse sowie grundlegende Menschen- und Freiheitsrechte hergestellt werden müssen», meint KPÖ-Bundessprecher Mirko Messner. Das muss allerdings durch das libysche Volk selber erfolgen, das durch einen lückenlosen Boykott des Gaddafi-Regimes, die Beschlagnahme seiner Gelder im Ausland und den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen unterstützt werden muss.

Es ist bezeichnend für die Verlogenheit westlicher Politik, wenn jahrzehntelang das Gaddafi-Regime durch intensive Wirtschaftsbeziehungen gestärkt wurde, man dies aber jetzt systematisch verdrängt. Durch eine Militärintervention wird nun versucht eine für den Westen konforme Nachfolgeoption zur Fortsetzung der lukrativen Ölgeschäfte zu erreichen.

Wie schon die Erfahrungen in Bosnien und im Irak gezeigt haben, ist bei einer Eskalation militärischer Gewalt kein Schutz der Zivilbevölkerung zu erwarten. Im Gegenteil ist dies mit erheblichen «Kollateralschäden» gerade unter der Zivilbevölkerung verbunden.

KOMMUNISTISCHE PARTEI
ÖSTERREICH

Die unterschätzte Revolution

mic. Während die Welt gebannt nach Fukushima und Libyen schaut, geht die «arabische» Revolution weiter und nimmt Tempo auf. Millionen gehen in Ägypten, dem Jemen, Syrien und Jordanien auf die Strasse. Es ist ein Brotaufstand der Armen. Die Halbwahrheiten und die Bilder, welche von den Medien hier bei uns vermittelt werden, stimmen selten mit dem überein, was tatsächlich geschieht. Sie haben nichts mit der Revolution zu tun, die ich in Ägypten miterlebt habe.

Im Jemen, wo die Rebellion zeitgleich mit Ägypten begann, gehen immer noch Hunderttausende auf die Strasse. Präsident Saleh will von einem Rücktritt nichts wissen. Aus Bahrain und dem Oman hört man nur etwas, wenn wütende Jugendliche erschossen werden. Und mit Syrien hat der Aufstand ein Land erreicht, in dem es nur wenige für möglich hielten.

Auch in Ägypten und Tunesien kommt es wieder zu Demonstrationen und Zusammenstössen. In Libyen wird vor allem eine Idee zerbombt, die Idee der Würde und Freiheit. Das Gespenst der Revolution geht um. Und so unterschiedlich die Ausgangslage in den einzelnen Ländern ist, so identisch sind die Rebellionen. Ein schlichtes «Hau ab!», das ist die Parole, die alle zu einem kollektiven Aufschrei vereint. In den letzten Tagen vor Mubaraks Abgang in Ägypten schrien Hunderttausende immer wieder «Get out! Get out!». Und im Jemen kritzelten sich Jugendliche «go out» auf die Arme. Das ist keine Liebeserklärung an den Westen, sondern die Aufforderung genau hinzusehen. Die Bewegungen inspirieren sich gegenseitig

und lernen in einem atemberaubenden Tempo. Ein Zeltlager im Zentrum der Hauptstadt, der «Tag des Zorns», der «Tag der Würde», der «Tag der Freiheit» und der «Marsch der Millionen». In Tunesien und Ägypten hat es geklappt, auch wenn der Sturz des Diktators vor allem ein «symbolischer» Akt war. Aber genau um das ging es den Leuten.

Westliche Denkmuster

Die westlichen Medien spielen, freundlich formuliert, eine sehr suspekten Rolle. Meist erfährt man wenig an News und Hintergründen. Es wird erstaunlich vage berichtet. Die ökonomischen und sozialen Hintergründe, der Zusammenhang mit der Finanzkrise, die tiefe Krise des globalen Kapitalismus, die Interessen des Westen und die politischen Forderungen, sie werden kurzerhand unter dem Begriff «Demokratiebewegung» abgebucht und ausgeblendet. Nicht der Wunsch nach Demokratie und Parteien treibt die Menschen auf die Strasse, sondern Korruption, Unterdrückung und die soziale Notlage. Es ist

ein Brotaufstand der Armen. Es ist ein Ausbrechen, der gut ausgebildeten, aber arbeitslosen Mittelschicht. Es ist Aufstand gegen die sexuelle Doppelmoral. Es ist eine Rebellion der Minderheiten. Und vieles mehr. So erstaunt es nicht, dass die Wahrnehmung der Ereignisse bei arabisch sprechenden Menschen eine andere ist als die von uns, die sich über die zur Verfügung stehenden Kanäle informieren. Die Halbwahrheiten und die Bilder, welche von den Medien vermittelt werden, stimmen selten mit dem überein, was wirklich passiert. Doch was tun? (vorwärts lesen und arabisch lernen! Anm. d. Red.). Auf jeden Fall hat die ägyptische Revolution, wie sie hier in den Medien dargestellt wurde und wird, nichts mit der Revolution zu tun, die ich selbst in Ägypten miterlebt habe.

Die Würde und die Freiheit

In Ägypten sagten uns die Menschen immer wieder, dass «es nicht sein kann, dass das kleine hungernde Tunesien den Diktator verjagt, während in Ägypten nichts passiert.» Das sei doch eine Frage der «Ehre», nun müssen sie auch. Ich habe die Tiefe dieses Satzes im ersten Moment nicht wirklich begriffen. Erst mit der Zeit verstand ich, dass Jahrzehnte der Angst, des Schweigens und Duckens hinter diesem Satz stehen. Der Satz verbirgt eine revolutionäre Sprengkraft, welche die Eliten zittern lässt wie nie zuvor. In den Köpfen der Menschen ist etwas geschehen und zwar in der ganzen Region, egal ob die Revolution schon begonnen hat oder noch nicht. Etwas, das mit unserem wohl behüteten Hintergrund nur bedingt fassbar ist. Etwas, dass vor keiner Grenze halt machen und in verschiedenen Sprachen verstanden werden wird. Die Angst, sie ist weggeblasen. Die Jugend, die nichts anderes als die Diktatur kannte, hat die Herzen der

Fortsetzung: Seite 2

Einfach so

Es gibt Sätze, die für immer im Bewusstsein bleiben. Einer dieser Sätze war für mich der eines alten Mannes, der seit den 1960er-Jahre als Gassenarbeiter die damaligen Jugendbewegungen studierte. Er erzählte mir eines Abends bei einem kühlen Bier, dass Jugendbewegungen und historischen Umbrüche nie wirklich erkennbar waren. Die Halbstarken, die Punks, die 68er und die 80er, plötzlich waren sie da, diese Bewegungen. Einfach so. Dieser Satz, er hat mir immer Hoffnung gegeben. Dieser Satz, er klang mir immer wieder in den Ohren, als ich Ende Januar mitten auf dem Tahrir-Square in Kairo in eine Bilderbuch-Revolution geriet. Manchmal passieren Dinge, die sich nicht einfach so erklären lassen. Da in den letzten beiden Ausgaben die Entwicklung in der arabischen Welt zu kurz gekommen ist, haben wir uns entschlossen, die aktuelle Ausgabe ganz der arabischen Revolution zu widmen. Es war uns wichtig, verschiedene Positionen – auch gegensätzliche – aufzugreifen und vor allem möglichst nahe und authentisch zu berichten. Eins ist klar, es wäre jetzt falsch zu hoffen, dass diese Rebellionen uns Antworten liefern, wo wir keine haben. Was wir aber tun können, ist genau hinsehen, interpretieren, streiten, diskutieren und versuchen, diesen revolutionären Umbruch ernst zu nehmen und zu verstehen. Es würde sich lohnen. Unsere «europäische» Brille ist da sicher keine grosse Hilfe. Vieles konnte nicht in dem Rahmen beleuchtet werden, wie es vielleicht angebracht gewesen wäre. Die Interessen des Kapitals, die Brüche innerhalb und ausserhalb der Systeme, die «Strategie des Terrors», die Doppelmoral des Westens, die Rollen der Frauen und Minderheiten und vor allem die sozialen Hintergründe, die zum Aufstand führten, sie kommen zu kurz. Einiges mussten wir auf die nächste Nummer schieben und wird nachgeholt. Die Bilder in der Zeitung, sie spiegeln die Nacht der Revolution in Ägypten, die am 28. Januar durch das Land der Pharaonen fegte und von der die westlichen Medien nur sehr punktuell berichtet haben.

MICHI STEGMAIER

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft Vorwärts,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 2469, 8026
Zürich. PC: 40-19855-7.
Die Publikation erscheint 14-täglich.

REDAKTION:

Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich,
Tel. 044 241 66 77,
e-mail: redaktion@vorwaerts.ch
Redaktion: Johannes Supe (jos),
Michi Stegmaier (mic), Marco
Geissbühler (mgb), Lukas Arnold
(luk) und Siro Torresan (sit),
Alexandra Takhtarova (ata).

ABONNEMENTE:

abo@vorwaerts.ch
Jahresabo: 160.–, reduziert
(AHV, Stud.) 110.–, Probeabo:
4 Ausgaben gratis.
Druck: Evert Druck, Neumünster

Die Sorgen der «humanitären» Schweiz

sit. **Wie reagiert die «offizielle Schweiz» auf die Revolutionen in Nordafrika und im arabischen Raum. Die Landesregierung spricht von «humanitärer Hilfe» und lässt einen britischen Militärkonvoi durch die Schweiz rollen. Die FDP sieht eine «Flüchtlingswelle» auf die Schweiz zukommen und versucht die SVP rechts zu überholen. Es ist Wahljahr und es geht um Stimmen, dies wurde auch in der Nationalratsdebatte deutlich.**

Am 11.März verkündete der Bundesrat seine «Gesamtstrategie zur Unterstützung der Transition in der Region». Gemeint sind Nordafrika und der arabisches Raum. Die Regierung hielt fest, dass die Schweiz seit Beginn der Demonstrationen in Nordafrika und dem Nahen Osten «bereits auf verschiedenen Ebenen engagiert» sei. Die Gesamtstrategie sieht nun «Massnahmen vor allem in den Bereichen humanitäre Hilfe, Migration, Strukturreform, Wirtschaftsentwicklung und Armutsbekämpfung» vor. Dafür werden in einem ersten Schritt 12 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Für die künftige «Entwicklungszusammenarbeit im südlichen Mittelmeer» sind im 2011 und 2012 jährlich 20 bis 30 Millionen Franken vorgesehen.

Gezwungen, dem Krieg zu helfen

Wie die «humanitäre Hilfe» und die «Entwicklungszusammenarbeit» auch verstanden werden, zeigte sich wenige Tage später, als ein britischer Militärkonvoi die Schweiz passierte. Der Bundesrat schrieb dazu am 21. März: «Der britische Konvoi, der heute in Begleitung von Angehörigen der Militärischen Sicherheit von Basel nach Chiasso fuhr, bestand aus 20 Militärfahrzeugen samt Personal und Unterhaltungsmaterial für Flugzeuge.» Grossbritannien hatte diese Verschiebung durch die Schweiz im Zusammenhang mit der von der UNO verhängten Massnahmen gegen Libyen beantragt und bekommen. Wie bekannt, hat der UNO-Sicherheitsrat mit der «Resolution 1973» einen sofortigen Waffenstillstand gefordert und die internationale Staatengemeinschaft ermächtigt, zum «Schutz der Zivilbevölkerung» sowie zur Durchsetzung eines Flugverbotes in Libyen «alle notwendigen Massnahmen» zu ergreifen. So musste der Bundesrat Herr und Frau Suisse daran erinnern, dass «die Schweiz als Mitglied der UNO völkerrechtlich verpflichtet ist, unter Kapitel VII der UNO-Charta beschlossene Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats umzusetzen.» Und die Regierung fügte beiläufig hinzu: «Die Durchfahrt des Konvois ist mit dem Schweizerischen Neutralitätsrecht vereinbar.» Als einzige linke Partei, hat die Partei der Arbeit der Schweiz (PdA) diesen Entscheid der Regierung verurteilt. Die PdA hält fest, dass sie «jede Unterstützung des Kriegs durch die Schweiz verurteilt, sei dieser auch noch so bescheiden.»

Stimmen fischen im rassistischen Sumpf

Die grösste Sorge der Schweiz scheint die «Flüchtlingswelle» aus Nordafrika zu sein, die – glaubt man der «FDP. Die Libralen» – wie ein Tsunami die kleine Schweiz überfluten wird. Ja, denn für einmal waren es die Freisinnig-Liberalen, welche die Debatte deftig einheizten. Am 28. Februar verabschiedete der Vorstand der Partei das «Massnahmepapier zur Libyenkrise» mit dem Titel «Für die drohende Flüchtlingswelle wappnen». Es ist ein beeindruckender Versuch, die Schweizerische Volkspartei (SVP) rechts zu überholen. Das knapp dreiseitige Dokument beginnt mit der Behauptung, dass «die politischen Umwälzungen in Nordafrika grosse Migrationswellen Richtung Europa» auslösen. So wird «eine kluge und differenzierte



Reaktion auf die Umwälzungen im arabischen Raum» gefordert. Die Liberalen kommen sofort auf den Punkt: «Tunesien und Ägypten: Bei fast allen Migranten aus diesen Ländern handelt es sich um Wirtschaftsflüchtlinge, die sofort zurückgeschickt werden müssen. Die Schweiz muss deshalb Druck auf die EU machen, damit die Migranten rasch aus Italien nach Nordafrika zurückgeführt werden können.» Druck soll vor allem auf Italien ausgeübt werden. Denn es darf laut FDP nicht sein, dass «Flüchtlinge, die in Italien abgewiesen werden müssten, in die Schweiz gelangen.» Als trage der Westen, und somit auch die Schweiz, keine Verantwortung für die Not und Miesere vieler Menschen in Nordafrika. Als hätte der Westen sich in den letzten 40 Jahren sich für die Menschenrechte, Demokratie und Würde der jetzt fliehenden Menschen eingesetzt.

Laut FDP sind auch die Flüchtlinge aus Libyen «grundsätzlich gemäss dem Dubliner Abkommen zu behandeln». Denn, sind sie einmal in der Schweiz, «ist ihre Rückführung nicht sofort möglich». Wie ein Hohn liest sich dann der Satz, dass «in diesem Fall unser Land seine humanitäre Tradition wahren» soll. Nötig sei deshalb eine «rasche, unbürokratische und effiziente Vorbereitung auf einen Flüchtlingsstrom, wobei die Möglichkeiten einer Rückführung bei einer Besserung der Situation vorzusehen sind.» Liebe FDP, eine Frage sei erlaubt: Wie tief muss man fallen, um in diesem braunen, rassistischen Sumpf nach Stimmen zu fischen?

Geschockt und politisch missbraucht

Am 16. März fand die Debatte im Nationalrat über die Situation in Nordafrika und im arabischen Raum statt. Die SP Fraktion hat ein umfassendes Papier und ein Vorstosspaket zum Umgang mit Potentatengeldern sowie ein Positionspapier zur Protestbewegung in Nordafrika und im Nahen Osten vorbereitet. In ihrer Medienmitteilung hielt sie fest: «Die SP Schweiz hat in der heutigen Nationalrats-Debatte zur politischen Lage in Nordafrika deutlich gemacht,

schulterzuckend die Zuschauerrolle ein, weil sie schon lange nichts mehr begreift. Noch bleibt es relativ ruhig auf der arabischen Halbinsel, noch lassen sich die Menschen mit Milliardenbeschenken fröhlich stimmen. Was die Herrschenden aber erschauern lässt, ist diese Idee, dieser Virus in den Köpfen der Menschen. Etwas, dass nicht käuflich ist. König Abdullah wird während seines «Spitalaufenthaltes» Mitte Februar in den USA Obama und Clinton wohl tüchtig den Marsch geblasen haben. Seither hält sich Washington zur Frage der «Demokratiebewegung» auf der arabischen Halbinsel vornehm zurück. Da gibt es auch nicht viel zu sagen. Was soll man schon erzählen? Von der absolutistischen Monarchie und dem goldenen Schlaraffenland? Von amputierten Gliedmassen und der Scharia? Eine nette Bande, die sich da gefunden hat. Gewinnt die arabische Revolution

wofür sie einsteht: Sie kämpft für mehr Demokratie in Nordafrika und sie bekämpft die Geldwäscherei»

In der Nationalratsdebatte begrüsst Ueli Leuenberger (Grüne, Genf) die Tatsache, dass die Schweiz als erstes Land «die Konten der Despoten» eingefroren hat. Er fügte aber hinzu: «Die Schweiz hätte gar nie zulassen dürfen, dass die Gelder auf Schweizer Banken platziert werden, die dem Volk gestohlen wurden». Und er rief die Regierung und das Parlament auf, endlich die Konsequenzen zu ziehen und die Politik bezüglich Waffenexporte komplett zu revidieren.

Da der rassistische Teil von der FDP übernommen wurde, schlug die SVP auf die SozialistInnen ein. Der Zürcher SVP-Mann Alfred Heer: «Meine Damen und Herren Sozialisten in diesem Saal, Sie sassen zusammen mit Ben Ali und seinem Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) in der Sozialistischen Internationalen, ebenso mit der National Democratic Party (NPD) von Hosni Mubarak. Die Partei von Ben Ali war seit den 1970er Jahren Mitglied in Ihrem Verein, verehrte Damen und Herren Sozialisten. Das RCD wurde erst am 17. Januar 2011 ausgeschlossen. Schämen Sie sich eigentlich nicht, meine Damen und Herren Sozialisten in diesem Hause?» Ada Mara (SP, Vaud) erinnerte Alfred Heer daran, dass Christoph Blocher während der Apartheidzeit in Südafrika Präsident der Gesellschaft Schweiz-Südafrika war. Heer antwortete darauf genervt: «Sie müssen nicht vom Thema ablenken. Ich habe ausgeführt, wo Ihre Gesinnung liegt – besten Dank!»

Dick Marty (FDP, Tessin) zeigte sich «schockiert» ob dem Mangel an Empathie in der grossen Kammer. Ob er auch das Dokument und die entsprechenden Voten seiner ParteikollegInnen meinte? Die Debatte bestens auf den Punkt brachte Didier Berberat (SP, Neuenburg). Er gab zu Protokoll: «Die Krise in Arabien werde für den Wahlkampf instrumentalisiert, noch bevor der erste Flüchtling in der Schweiz angekommen ist.» So viel zu den «humanitären» Sorgen der Schweiz.

weiter an Dynamik, dann könnte es nur eine Frage der Zeit sein, bis die Flamme der kollektiven Rebellion auch Riad erreicht. In Bahrain und dem Sultanat Oman brodelt es seit Wochen bereits gewaltig. Vom Jemen ganz zu schweigen. Wir erleben, wie Millionen von unterdrückten, ausgebeuteten und ihrer Utopien beraubter Menschen, sich mit einer Wucht erheben, wie es die Welt selten zuvor gesehen hat. Sie werden sich nicht länger von den herrschenden Banden und Eliten demütigen und unterdrücken lassen. Das ist nun eine Frage der «Ehre» und der Würde. Was zurzeit in der arabischen Welt passiert, das ist ein Zerbrechen von Autoritäten, die jahrzehntelang vom Westen gestützt wurden. Sie zittern, die Mächtigen. Und das aus gutem Grund. Zuerst das Öl und dann gleich noch die Atomkraft. Was für ein grässlich verkaterter Jahresbeginn.

Fortsetzung: Seite 1, «Die unterschätzte Revolution»

arabischen Welt im Sturm erobert. Sie hat etwas getan, woran die Alten längst jede Hoffnung verloren hatten. Und davor kann man sich nicht tief genug verbeugen. Die Sogwirkung und Dimension dieses Aufbruchs wird im Westen völlig unterschätzt. Ausser von den Herrschenden, die panisch versuchen, diese Rebellionen irgendwie in kontrollierbare Bahnen zu lenken.

Die arabische Halbinsel

Kippt Saudi-Arabien und die arabische Halbinsel, dann hat der globale Kapitalismus ein Problem. Das soll und wird um jeden Preis verhindert werden. Gaddafi kam da gerade recht, die Linke befindet sich wieder mal in einem Dilemma, rauft sich oder nimmt

Schweizer Waffen im Einsatz

Andreas Weibel. **Egal ob in Bahrain, Libyen oder Ägypten: Überall sind die Truppen des Regimes mit Schweizer Waffen ausgerüstet. Die Schweiz lieferte in den letzten zehn Jahren Kriegsmaterial für mehr als 600 Millionen Franken in das Pulverfass Nahost. Doch wie erklärt der Bundesrat nun der Schweizer Bevölkerung, dass Schweizer Panzer friedliche Oppositions- bewegungen niederwalzen?**

Am 14. März marschierte die saudische Nationalgarde in Bahrain ein, um die Sicherheitskräfte des kleinen «Königreichs der zwei Meere» bei der Niederschlagung der demokratischen Opposition zu unterstützen. Einen Tag später waren sechs Protestierende tot und 60 weitere spurlos verschwunden. Die Ärzte des grössten Spitals der Hauptstadt Manama berichteten, dass sie bei ihrer Arbeit nicht nur behindert wurden, sondern dass Polizeieinheiten sie gezielt angegriffen hätten.

Auf den Bildern aus Bahrain sind Dutzende saudische Radschützenpanzer des Typs «Piranha II 8x8» der Firma Mowag aus Kreuzlingen TG zu sehen. Diese Fahrzeuge sind perfekt für die Aufstandsbekämpfung in städtischer Umgebung geeignet, was diktatorische Regimes vom Apartheids-Südafrika bis zu den Obristen in Griechenland, von Augusto Pinochet bis Charles Taylor zu schätzen wussten.

Waffen für Despoten

Zusammen mit dem Vatikan und Burma gehört Saudi-Arabien zu den einzigen drei Staaten weltweit, die sich offiziell nicht als Demokratie bezeichnen. Dennoch gehört die Königsfamilie in Riad seit einigen Jahren zu den grössten Abnehmern von Schweizer Kriegsmaterial. Neben den Mowag-Panzern lieferten die hiesigen Rüstungskonzerne vor allem Flab-Kanonen, Sturmgewehre, leichte Militärflugzeuge und Munition.

Aber auch die anderen totalitären Regimes im Nahen Osten und in Nordafrika gehören zu den grossen Kunden der helvetischen Waffenindustrie: Gaddafis Kriegsschiffe sind mit Luftabwehr-Kanonen von Oerlikon-Bührle ausgerüstet. Die Sicherheitskräfte in Bahrain, Kuwait, Katar und den Emiraten setzen auf Schweizer Scharfschützengewehre und -munition. Im «Beobachter» berichtete ein Journalist, dass er in Kairo kurz vor dem Sturz Mubaraks von Geheimdienstmitarbeitern verhört wurde, die mit Sturmgewehren aus eidgenössischer Produktion bewaffnet waren. An der grossen regionalen Waffenmesse IDEX in Abu Dhabi nahmen im Februar dieses Jahres nicht

nur diverse Schweizer Firmen teil. Auch die Exportförderungsagentur Oesc des Bundes war mit einem eigenen Stand vertreten. Alles in allem lieferte die Schweiz in den letzten zehn Jahren Kriegsmaterial für mehr als 600 Millionen in das Pulverfass Nahost.

Die «Leuthardsche Risikodoktrin»

Die offizielle Schweiz sieht sich gerne als Hort der Demokratie und der Freiheit, als Hüterin des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte. Wie verträgt sich das mit den Videos von Schweizer Panzern, die eine friedliche Oppositionsbewegung niederwalzen? Wie verkauft man einem Publikum, das durchaus Sympathie für die Menschen auf dem Tahrir-Platz, beim Perlenmonument und in den Strassen Bengasis hat, die Waffenlieferungen an Despoten? Wie verteidigt man die Interessen einiger weniger Unternehmen gegen das Risiko, dass Schweizer Waffen demokratische Hoffnungen zerstören?

Die Rhetorik der Bürgerlichen ist in solchen Fällen immer dieselbe, egal ob das Thema nun Kriegsmaterialexport, Atomenergie oder Finanzkrise ist. Ich nenne das Schema die «Leuthardsche Risikodoktrin», da diese Bundesrätin die zynische Strategie exemplarisch verkörpert.

Schritt 1: «Es gibt kein Problem.» In einer ersten Phase wird negiert, dass es überhaupt ein Problem gibt. Die AKWs seien sicher, der Markt regle alle Krisen der Finanzbranche von selbst und mit «unseren» Waffen geschehen keine Menschenrechtsverletzungen. Es gebe kein Risiko.

Schritt 2: «Keine Sorge, unsere Gesetze sind die strengsten der Welt.» Kommt Kritik auf, behaupten die Bürgerlichen entgegen jeder Empirie, dass die hiesigen Gesetze weitaus rigider seien als anderswo, die hiesigen Atomingenieure besser ausgebildet und die hiesigen Banker weniger gierig. Das Risiko sei unter Kontrolle.

Schritt 3: «Fürchte um deinen Arbeitsplatz.» Der nächste Schritt ist die Arbeitsplatzkeule. Ein Umstieg auf alternative Energieerzeugungsformen, eine Abkehr von der Finanzmarkt-Gläubigkeit oder die Kon-



version von militärischer auf zivile Produktion bedeute zwangsläufig einen Verlust von Arbeitsstellen. Natürlich geht es den Bürgerlichen nicht um die Erwerbstätigen, sondern um die Profite einiger weniger. Aber es gebe keine Alternative zum Risiko.

Schritt 4: «Niemand konnte das ahnen.» Sobald die Katastrophe eingetreten ist, ein AKW in die Luft gegangen, die UBS nur dank Staatshilfe nicht bankrott oder Schweizer Waffen auf unbewaffnete ZivilistInnen gerichtet werden, weisen die Bürgerlichen jede Verantwortung von sich. Obwohl es bewusste politische Entscheidungen der rechten Mehrheit im Parlament waren, die zum Desaster geführt haben, behaupten sie, dass das Risiko nicht vorhersehbar war.

Schritt 5: «Die Kosten bezahlt ihr.» Die wirtschaftlichen, aussenpolitischen und moralischen Kosten werden der Allgemeinheit aufgebürdet.

Die Bürgerlichen konnten die Konsequenzen der Finanzkrise 2008 mit dieser Strategie noch aussitzen. Nach der Katastrophe von Fukushima scheint die Risiko-Doktrin zum ersten Mal einen Riss zu kriegen. In der Waffenexport-Politik funktioniert die Verschleierungsstrategie noch. – Vorläufig.

ANDREAS WEIBEL IST AKTIVIST DER GRUPPE SCHWEIZ OHNE ARMEE (GSOA).

Für Freiheit und Gerechtigkeit

Die Umwälzungen in der arabischen Welt

Die demokratischen Umwälzungen im arabischen Raum stehen weltweit im Brennpunkt des Interesses: In Tunesien und Ägypten sind Diktatoren zurückgetreten, in Libyen wird gekämpft, in Syrien, Jordanien, Jemen, Marokko, Algerien und Saudiarabien für Demokratie und Freiheit demonstriert. Viele Herrschende reagieren mit blutiger Repression auf die Forderungen der Bevölkerung.

Um eine Diskussion zu ermöglichen und offene Fragen zu beantworten, findet am 1. Mai eine prominent besetzte Veranstaltung zum Thema statt. Unter der Leitung der Politologin Sibylle Stamm diskutieren Arnold Hottinger, Saïda Keller-Messahli, Said Sougti und Amr Abdelaziz über die Ereignisse in den arabischen Ländern. Wir werden auf die Situation in den einzelnen Staaten eingehen, fragen, was die Entwicklungen für die Bevölkerung – speziell auch für die Frauen – bedeuten und welche Rolle der Westen dabei spielt. Was können die Organisationen der Zivilgesellschaft tun, um die Forderungen nach Freiheit und Gerechtigkeit zu unterstützen? Und: Handelt es sich in erster Linie um eine politische, oder auch um eine soziale Umwälzung?

TeilnehmerInnen:
Amr Abdelaziz (SP, Opfikon),
Arnold Hottinger (Journalist und Experte)
Saïda Keller-Messahli (Forum für einen fortschrittlichen Islam, Zürich)
Said Sougti (Annahj Addimocrati, Marokko)

Moderation:
Sibylle Stamm, Politologin (Beirut/Bern)

Sonntag, 1. Mai, 17 Uhr
Zeughaus 5
(Kasernenareal, Zürich)

Ein linkes Ja zur militärischen Intervention?

mgb. **Am 23. März gab das Schweizerische Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) der Allianz gegen Gaddafi grünes Licht für militärische Überflüge. Bereits zwei Tage zuvor bewilligte der Bundesrat einen Truppen- und Gütertransport der britischen Armee durch die Schweiz. Welche Haltung kann die Schweizer Linke zu diesen Massnahmen einnehmen?**

Die Ereignisse, welche seit Anfang dieses Jahres im nordafrikanischen und arabischen Raum ihren Lauf nehmen, lassen sich bisher nur schwer in unseren althergebrachten Deutungsmuster verorten. Entsprechend fällt auch die Reaktion innerhalb der Linken betreffend der militärischen Intervention in Libyen und der Schweizer Unterstützung derselben aus. Während einige schweigen, flüchten sich andere in unverständliches Geschwurbel und leere Worthülsen. Man flüchtet sich in – für uns als Linke – offensichtliche Allgemeinplätze und druckst sich so um die entscheidende Frage herum: Ist die militärische Intervention in Libyen als legitim zu betrachten?

Fünf vor zwölf

So liegt es natürlich auf der Hand, dass die so genannte «Koalition der Willigen» und die NATO nicht aus reiner Menschenliebe Angriffe gegen die Stellungen Gaddafis fliegen. Handfeste wirtschaftliche Eigeninteressen spielen dabei ebenso eine Rolle, wie innenpolitisches Machtalkül. Insbesondere Nicolas Sarkozy konnte vom so genannten «Rally around the flag»-Effekt profitieren: Befindet der Machthaber eines Landes sich in einem internationalen Konflikt, neigt die Bevölkerung dieses Landes oftmals dazu, sich grossmehrheitlich hinter diesen Machthaber zu stellen. Man tritt geeint nach aussen auf gegen den gemeinsamen Feind. Innere Widersprüche und Konflikte werden übertüncht. Kritik gilt schnell als Verrat. Klar ist auch, dass Libyen durch die militärische Interventi-

on nicht zu einem demokratischen Staat wird. Die imperialistischen Interventionisten haben ebenso wenig Interesse an einer wahren Demokratie in Libyen, wie sie es in Afghanistan oder im Irak hatten.

Genauso korrekt wie offensichtlich ist die Kritik, dass der Westen zum Zeitpunkt der Intervention nicht alle zivilen Handlungsmöglichkeiten gegenüber Gaddafi ausgeschöpft hatte. So hätte man sich bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt viel intensiver um Vermittlungen bemühen sollen. Zudem wäre auch denkbar gewesen, das Regime stärker wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Beides haben westliche Regierungen (vorsätzlich?) unterlassen.

Der springende Punkt, der bei dieser Kritik vergessen wird, ist aber: In dem Moment, in welchem mit der UNO-Resolution 1973 über die militärische Intervention entschieden wurde, gab es keine zivilen Handlungsalternativen mehr. Die Uhr stand auf fünf vor zwölf. Die Truppen Gaddafis standen vor den Toren Bengasis und die Rebellen waren militärisch zu schwach, um ihren Widerstand aufrechtzuerhalten. Die Aufstände in Libyen wären in Blut ertränkt worden. Keine zivile Handlungsmöglichkeit hätte dies zu jenem Zeitpunkt verhindern können. Folgerichtig forderten auch die Widerständischen selbst Luftangriffe durch fremde Streitkräfte gegen die Stellungen Gaddafis.

Intervention akzeptieren

Aus Sicht westlicher Linker gibt es meiner Meinung nach nur eine legitime Position: sich hinter die

Befreiungsbewegungen in den arabischen Staaten zu stellen, solange diese für eine wirkliche Emanzipation aus Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen. Deshalb gilt es im Kontext der Situation vorliegende Intervention zu akzeptieren und ein Stück weit – insofern damit ein massives Massaker an der Zivilbevölkerung vermutlich verhindert werden konnte – sogar zu begrüssen. Damit einher geht die Akzeptanz von Überflügen durch fremde Streitkräfte über Schweizer Territorium, solange diese im Rahmen der UNO-Resolution 1973 geschehen. Nicht, weil die UNO aus linker Sicht ein unbedenklicher und neutraler Akteur wäre, sondern weil vermutlich nur dies das Überleben der Aufständischen gegen Gaddafi sichert.

Dies muss aber im vollen Bewusstsein darüber geschehen, dass sich die westlichen Interventionsmächte – sollten sie Erfolg haben – in nicht allzu ferner Zukunft ebenfalls gegen die Interessen der Aufständischen wenden werden. Die Interessenskongruenz zwischen westlichen Regierungen und den Aufständischen dürfte spätestens mit dem Sturz Gaddafis enden. Für diesen Moment müssen wir uns strategisch und argumentativ wappnen. Genauso müssen wir die Arbeit der Interventionsmächte stets kritisch beleuchten und durch sie begangenes Unrecht in der westlichen Öffentlichkeit denunzieren. Unsere Unterstützung gilt nicht der NATO oder dem Bundesrat. Das Mass aller Dinge müssen für uns die Befreiungsbewegungen in den arabischen Staaten sein. Auch dies ist eine offensichtliche Tatsache – die aber nur allzu gerne vergessen geht.

Revolution mit Gegenwind

mic. **Noch sind sie da, die dunklen Gestalten. Der Ägyptischen Revolution bläst seit Mubaraks Abgang ein eisiger Wind entgegen. Die PessimistInnen werden sich bestätigt fühlen – doch der Schein trügt.**



Der Abgang eines Diktators bedeutet nicht automatisch das Ende einer Diktatur, dessen waren sich in Ägypten wohl die meisten bewusst. Während der westliche Journalisten-Tross mit seinen schussicheren Westen längst dem nächsten Ereignis nachhechelt, geht der revolutionäre Umbruch in Ägypten weiter. Spätestens mit der Ankündigung von drakonischen Strafen gegen Streikende und Demonstrierende, zeigte der Militärrat sein wahres Gesicht. In den Vortagen hatten die Demos wieder stark zugenommen. Es kam zu «wilden» Streiks, die ArbeiterInnen einiger Sektionen befinden sich seit Wochen im Streik. Das neue Gesetz, welches bis zu den angekündigten Parlamentswahlen im September gilt, sieht Bussen von 8 000 bis 15 000 Franken für den Fall vor, dass «Streiks und Demonstrationen die Arbeit in staatlichen Institutionen, Behörden und privaten oder öffentlichen Firmen stören oder zum Stillstand bringen». Gleichfalls strafbar ist der mündliche oder schriftliche Aufruf zum Protest. Bei einem monatlichen Durchschnittslohn von 50 Franken muten die Strafbeträge geradezu grotesk an.

Die Kettenhunde der alten Banden

In Alexandria und Kairo stürmten aufgebrachte Menschen anfangs März die Geheimdienstzentralen, um Akten vor der Zerstörung zu sichern. Das Regime antwortete postwendend: Nur einen Tag später wurde in Kairo eine koptische Kirche angezündet. Bei den nachfolgenden Protesten richteten «Unbekannte» mit Unterstützung der Militärpolizei ein Blutbad an. 13 koptische Christen wurden getötet. Die westlichen Medien berichteten nur kurz über die Geschehnisse. Dann schickte das Regime seine Kettenhunde: Ein paar hundert Frauen, die auf dem Tahrir-Platz den 8. März feiern wollten, wurden von einem wütenden Mob mit Steinen, Elektroschockern und Knüppeln angegriffen und über den Platz gejagt. Aktivisten vom Tahrir, die den Frauen zu Hilfe eilten, schlug man brutal zusammen. Verletzte waren die Folge. Frauen wur-

den bedrängt und begrabscht und auch die Militärpolizei prügelte auf sie ein. Am Tag danach stürmten Hunderte - mit Unterstützung der Militärpolizei - den Tahrir-Platz, um die letzte Gruppe der DauercamperInnen, die sich «die vom Tahrir» nennen, vom Platz zu prügeln. Das Camp wurde zerstört, Hunderte verhaftet und es kam zu schweren Übergriffen. Es sind die Ereignisse im Ägypten nach der Revolution.

Jungfräulichkeitstest und Foltervorwürfe

Besonders schlimm erging es den 19 Aktivistinnen, die am 9. März verhaftet wurden. Die Militärpolizei nahm sie wegen dem Verdacht auf Prostitution fest und verschleppte sie ins provisorische Hauptquartier beim Nationalmuseum. Unter dem Vorwurf, sich illegal prostituiert zu haben, demütigte man die Frauen auf schlimmste Art und Weise. In Berichten erzählen die Frauen von der entwürdigenden Untersuchung auf ihre Jungfräulichkeit und von der Misshandlung durch Elektroschocks und physische Gewalt. Man habe sie gezwungen, sich nackt auszuziehen und sie seien von einem Mann - im Beisein weiterer Soldaten - im Genitalbereich untersucht worden. Auch der bekannte Liedermacher Ramy Essam, der die inoffizielle Hymne der Revolution geschrieben hat, wurde gleichentags auf dem Tahrir verhaftet und in den Folterkeller geschleppt. Dort folterte ihn die Militärpolizei stundenlang. Trotz allem: Er und viele andere ÄgypterInnen setzen noch Hoffnung ins Militär, auch weil sie wissen, dass es innerhalb der Armee einen tiefen Riss zwischen der alten und der neuen Garde gibt.

Mehrheit für Referendum

Am 20. März wurde das Referendum über eine Verfassungsänderung mit einer überwältigen Mehrheit von 77 Prozent Ja-Stimmen angenommen, doch kann bei der geringen Wahlbeteiligung von 41,2 Prozent kaum von einer Demokratie-Euphorie rund um die erste freie Abstimmung gesprochen werden. Viele ÄgypterInnen haben widerwillig ein Ja eingelegt, um so den Militärrat möglichst schnell loszuwerden. Das war auch eines der Hauptargumente der «Muslimbrüder», die sich zusammen mit der Regierungspartei NPD für ein Ja zur Verfassungsänderung einsetzten. Damit sollte der Weg für Neuwahlen im September geebnet werden. Der Jugendbewegung und den verschiedenen Oppositionsgruppen geht dies jedoch zu schnell. Sie werfen den Muslimbrüdern vor, gemeinsame Sache mit dem Regime zu machen, um so von baldigen Neuwahlen profitieren zu können, da sie momentan die einzigen organisierten politischen Kräfte darstellen. Am stärksten war der Widerstand gegen die neue Verfassung in Kairo und Alexandria, wo immerhin 40 beziehungsweise 31 Prozent der WählerInnen sie ablehnten.

Die Schrauben werden angezogen

Während die Menschen in Ägypten noch immer darauf warten, dass die Notstandsgesetze, die seit über 30 Jahren in Kraft sind, aufgehoben werden, zieht das Regime die Schrauben wieder an. Bereits wenige Stunden nachdem das «Anti-Demonstrationsgesetz» am 23. März beschlossen wurde, räumte man die besetzte Kairoer Universität gewaltsam. Am selben Tag gingen wieder Tausende spontan auf die Strasse um gegen das Vorgehen des Militärrats zu demonstrieren. Eiligst versicherte dieser, dass sich das neue Gesetz nicht allgemein gegen Demonstrationen und Streiks richte, sondern dass es nur dort zur Anwendung kommen solle, wo «Rowdys» der Wirtschaft und dem Allgemeinwohl schaden. Auch den Vorfall um die gefolterten und belästigten Frauen vom 8. und 9. März wolle man untersuchen. Neben der alten Junta sind es vor allem die Salafisten, eine radikale islamistische Sekte, welche derzeit eine aggressive Kampagne gegen «Verwestlichung», Frauen ohne Kopftücher und koptische Christen führen und öffentlich zu Gewalt aufrufen.

Und die revolutionäre Jugend?

Die revolutionäre Jugend: Sie putzt, malt und flirtet. Sie geniesst die Freiheit. Trifft sich am Tahrir-Platz zum Flanieren. Wandert in kleinen Gruppen, mit Malkübeln bewaffnet, durch die Strassen der Städte.

Sie bemalt Bordsteinkanten weiss, rot und schwarz. Selbst vor Bäumen, Laternen und gar dem ein oder anderen Auto kennt sie keinen Halt. Einige überstreichen die rostigen Gitterzäune eines Museums mit neuer Farbe, andere binden alle paar Meter kleine Abfalleimer und Parolenblättchen an Bäume. Es werden T-Shirts mit Fotos von Freunden, die während der Revolution ums Leben kamen, getragen. Drei blutjunge Aktivistinnen und ein nicht viel älterer Bursche regeln den Verkehr auf einem Platz – daneben steht ein junger Polizist hilflos und deplatziert. Diese Jugend besitzt eine Autorität und Eleganz, die Kairo wohl selten zuvor gesehen hat. Es ist das neue Ägypten, von dem man nur wenig hört, von dem kaum berichtet wird. Dahinter stehen ein neues Bewusstsein und Verständnis. Die Jugend wirft keinen Müll mehr auf den Boden, sie tut es nicht, weil sie Ägypten als «ihr Land» ansieht. Dazu hat man Aktionsformen gefunden, die es dem Regime schwer machen, weil sie kaum autoritär unterdrückbar sind. Die «Jugend vom Tahrir»: Sie geniesst innerhalb der ägyptischen Gesellschaft einen unglaublichen Respekt. Wohl auch, weil sie in drei Tagen geschafft hat, wovon die Generäle dreissig Jahre träumten. Ägypten nimmt in der arabischen Welt wieder eine Vorreiterrolle ein. Manchmal ist die Geschichte ein prächtiger Meister der Ironie.

Es geht weiter

Als für den Freitag des 1. Aprils zu Demonstrationen gegen die neuen Gesetze und Provokationen der letzten Wochen aufgerufen wurde, strömten wieder Hunderttausende auf den Tahrir-Platz. Es ist ein langer Weg zu einem anderen, neuen Ägypten. Momentan erkämpft und verteidigt die Bevölkerung verbissene Zentimeter um Zentimeter. Die Ägyptische Revolution passiert jetzt im Kleinen und im Alltag. Alte Denkmuster werden eingerissen, Autoritäten zerfliessen zu Sand und eine Gesellschaft definiert sich neu. Demokratische Wahlen sind da hinderlich oder gar kontraproduktiv. Trotzdem organisiert man sich. Es finden regelmässige Koordinationssitzungen der verschiedenen Jugendorganisationen und der religiösen Kräfte statt. Christen und Moslems debattieren gemeinsam, um eine Spaltung der Bewegung zu verhindern. Es wird klug gehandelt. Die Bewegung reizt die Freiräume geschickt aus und weiss auch, dass das Regime im Hintergrund noch immer die Fäden zieht. Es gibt ein Bewusstsein über das Doppelspiel, welches der Westen in den ersten Tagen der Revolution spielte. Die unbequemen Fragen an den Westen, sie werden früher oder später kommen.

Unterstützt die Freiheit!

Wie angespannt die Situation auch heute noch ist, zeigt die Tatsache, dass die Ausgangssperre noch in Kraft ist - auch wenn sie unlängst verkürzt wurde und nur noch von 2 Uhr bis 5 Uhr morgens gilt. Mehrere Universitäten sind geschlossen und der Spielbetrieb in der obersten ägyptischen Fussball-Liga ist seit fast drei Monaten eingestellt. Aus gutem Grund, denn die Rolle der Ultras (militante Fussballfans) während der ägyptischen Revolution ist nicht zu verachten. Der bekannte ägyptische Blogger El-Fatah formulierte gegenüber Al Jazeera Folgendes: «Die Ultras haben eine bedeutendere Rolle gespielt als jede andere politische Gruppe». Das erstaunt und ist ein weiteres Puzzlestück, das so gar nicht in westliche Denkmuster passen will. Auch nach 68 gab es bei uns nirgendwo revolutionäre Regierungen. Dennoch war unsere Welt danach nicht mehr dieselbe. So surreal es klingen mag: Die grösste Gefahr für die Revolutionen in Tunesien und Ägypten wäre das Ausbleiben der Touristen. Gerade auf das Markenprodukt «Revolution» wird viel Hoffnung gesetzt. Bleiben die Touristen aus, dann wird es die Revolution sehr schwer haben; dann werden die PessimistInnen sagen: «Was wollen wir mit Freiheit und Demokratie, wenn wir kein Brot zum Essen haben?» Dementsprechend lancierten verschiedenste Jugendgruppen anlässlich der Siegesfeier der Ägyptischen Revolution die Kampagne «Unterstützt die Freiheit – besucht Ägypten!». Es bleibt zu hoffen, dass die Touristen bald wieder kommen. Das aber setzt voraus, dass die Kombination «Demokratie&Islam» endlich als natürlich und widerspruchsfrei begriffen wird.

Wir haben einen Diktator besiegt, aber noch nicht die Diktatur

Baudoin Deckers. **In einem Interview äussert sich Hamma Hammami, Sprecher der Kommunistischen Arbeiterpartei Tunesiens (PCOT), über die Revolution in seinem Lande. Er erklärt, wie sich das Volk organisiert hat und was die aktuellen Forderungen und Kämpfe sind. Die Linke im Land hat die «Front des 14. Januars» gebildet und rasch einen ersten, grossen Erfolg erzielt.**

Genosse Hammami, die Revolutionen und grossen Kundgebungen in der arabischen Welt lassen einen Wind des Optimismus in der ganzen Welt aufkommen. Was bedeutet für Sie diese Bewegung, die in ihrem Land den Anfang genommen hat?

Das ist eine grosse Revolution, auf der Ebene der arabischen Länder wie anderer Länder unserer Region. Andere Völker können aus dieser Revolution gewisse Lehren ziehen. Das tunesische Volk hat diese Revolution gemacht, indem es sich auf seine eigenen Kräfte stützte. In vielen arabischen Ländern gaben Leute vor, dass man – ohne die Unterstützung Frankreichs, der USA oder anderer ausländischer Kräfte – keine Revolution machen könne gegen Diktaturen wie die von Ben Ali. Unser Volk hat gezeigt, dass man, indem man sich auf seine eigenen Kräfte stützt, einen Diktator wie Ben Ali mit einem gigantischen Sicherheitsapparat stürzen kann. Das tunesische Volk hat diese Revolution in einer fast totalen Einheit gemacht. Mehr als einen Monat lang hat man kein einziges Wort religiöser Natur gehört, dass das Volk hätte spalten können. Das tunesische Volk hat sich vereinigt für seine demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Anliegen.

Für Sie ist diese Revolution noch nicht zu Ende. Warum?

Die Revolution ist noch immer im Gang. Sie hat ihre demokratischen und sozialen Ziele noch nicht wirklich erreicht. Sie hat einen Diktator besiegt, aber sie hat die Diktatur noch nicht besiegt.

Die politische Polizei, die Hauptsäule der Diktatur, ist noch immer da und sehr aktiv. Das Scheinparlament, denn man brauchte die Zustimmung von Ben Ali, um im Parlament zu sein, ist noch da. Der Interimspräsident ist ein Mitglied der Partei von Ben Ali und stand ihm sehr nahe. Die korrumpierten Inhaber hochrangiger Staatsämter sind noch immer auf ihren Posten. Die Verfassung ist noch immer unverändert und sie hat die Diktatur möglich gemacht. Die Diktatur hat unzählige antidemokratische und antisoziale Gesetze erlassen, um sich zu schützen, und diese Gesetze sind noch in Kraft. In den Händen der gegenwärtigen Regierung können alle diese Gesetze und Institutionen aufs Neue gegen das Volk genutzt werden. Das Regime von Ben Ali ist also noch immer am Platz. Die Volksbewegung fordert die Auflösung der gegenwärtigen Regierung. Die ehemalige Partei an der Macht, die RCD, muss tatsächlich aufgelöst werden. Man muss diese Revolution mit grosser Entschlossenheit fortsetzen, aber auch mit viel taktischem Fingerspitzengefühl, um die Einheit des tunesischen Volkes zu bewahren. Dies um nicht in Spaltungen zu verfallen, die sehr negative Auswirkungen auf den weiteren Gang dieser Revolution haben könnten, die die Völker der arabischen Welt mit viel Hoffnung betrachten.

Manche stellen die Revolution in Tunesien als ein spontanes Ereignis dar...

Das ist falsch. Sie sagen das, um die Rolle der revolutionären und progressiven Kräfte während der letzten Jahre in der Opposition zu diskreditieren und zu leugnen. Diese Bewegung war nur spontan in dem Mass, als sie nicht auf der nationalen Ebene organisiert war. Es gab keine einheitliche Leitung, kein gemeinsames Programm. Aber das bedeutet nicht Mangel an Bewusstsein und Fehlen von Organisation.

Das Bewusstsein ist da, denn die Akteure dieser Bewegung sind vor allem Aktivisten der Linken, Fortschrittskräfte, Gewerkschafter, Kämpfer für die Menschenrechte. Das sind junge, akademisch ausgebildete Arbeitslose, die zur Studentenbewegung gehören. Unsere Partei ist da, unsere Kräfte sind präsent. Die Islamisten dagegen waren nicht wirklich beteiligt. Deshalb gab es in dieser Revolution keine religiösen Parolen. Selbst wenn die Islamisten die Bewegung politisch unterstützt haben.

Auf der organisatorischen Ebene haben sich die Aktiven sehr schnell in Komitees organisiert. Gemeinsam mit den Demokraten haben wir die Leute dazu aufgerufen, sich zu organisieren. Das haben sie getan



in den Ortschaften und in den Regionen, manchmal in Versammlungen, die sich «Volksversammlungen» oder «Versammlungen zur Rettung der Revolution» nannten, manchmal in Volkskomitees oder in Ligen, das ist unterschiedlich. Sie haben ihre Führer gewählt unter den im Lauf dieser Revolution am aktivsten tätigen Mitkämpfern. Die Strukturierung ist noch schwach und embryonal. Es gibt noch keine wirkliche Zentralisierung auf nationaler Ebene. Aber Schritt für Schritt haben sich diese Komitees verwandelt in Komitees, die über die Situation und die Zukunft diskutieren, über das, was die Bevölkerung tun kann.

Die Front des 14. Januar hat sich vor einigen Wochen gebildet. Wer ist darin zu finden? Was ist ihr Programm oder was fordert sie?

Auf politischer Ebene ist die Linke dazu gekommen, sich in einer Front zu sammeln, die sich «Front des 14. Januar» nennt, dies unter Bezugnahme auf den Tag der Flucht von Ben Ali. Die Linke hat ein unübersehbares Gewicht in unserem Land. Sei es auf politischer oder gewerkschaftlicher Ebene, auf der Ebene der Jugend oder der Frauenbewegung, auf der Ebene der Menschenrechte oder der kulturellen Bewegung. Diese Front hat sich um populäre Losungen und Forderungen zusammengeschlossen. Man findet darunter die Forderung nach Auflösung der Regierung, Auflösung der bisherigen Partei, die an der Macht ist. Die Front fordert auch die Bildung einer provisorischen Regierung, die aus Kräften gebildet wird, die nichts mit dem Regime von Ben Ali, seiner Partei und der Diktatur zu tun gehabt haben. Diese provisorische Regierung soll als wesentliche Aufgabe die Vorbereitung von Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung haben. Diese müsste dann die Verfassung, die Institutionen, die Grundgesetze einer Demokratischen Volksrepublik abfassen, die das tunesische Volk will.

Wir wollen nicht nur eine politische Demokratie, sondern auch eine soziale Demokratie. Wir sind der Ansicht, dass die gegenwärtige Revolution eine demokratische und nationale Revolution ist. Eine Volksrevolution, die grundlegende Veränderungen für die ganze tunesische Gesellschaft in der Zukunft vorbereiten muss.

Die Front des 14. Januar hat am 12. Februar ihre erste grosse öffentliche Versammlung im Kongresspalast von Tunis abgehalten. Mit einem grossen Erfolg, der unsere Erwartungen bei weitem übertraf. Die Mobilisation hat nur drei bis vier Tage gedauert, aber mehr als 8000 Menschen sind gekommen, viele mussten gar draussen bleiben, da es keinen Platz mehr im Saal gab. Ein bislang einmaliges Ereignis.

Sie sind Sprecher einer Kommunistischen Partei. Was ist mit einer sozialistischen Perspektive in Tunesien?

Eine sozialistische Revolution ist heute nicht auf der Tagesordnung. Ja, als Marxisten sind wir der Meinung, dass letztlich zum Sozialismus übergegangen

werden muss. Das wird notwendig sein, um nicht in dem Netz des Weltkapitalismus eingefangen zu werden, das von den grossen amerikanischen und anderen Multis aufgespannt ist. Das wird auch die einzige Art sein, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende zu machen. Aber diese Art, die Dinge zu sehen, wird hier noch nicht in breitem Ausmass geteilt. Wir können nicht zu schnell vorangehen.

Es muss das politische Kräfteverhältnis berücksichtigt werden. Die Arbeiterklasse ist hinsichtlich Bewusstseinsentwicklung und Organisation im Rückstand. Die kommunistische Bewegung ist noch ziemlich schwach in unserem Land, selbst wenn sie gut vorankommt. Die anderen Klassen sind ziemlich präsent durch Vermittlung des liberalen Lagers, des islamistischen Lagers. Man darf also keine Fehler begehen.

Mittels dieser Revolution können dennoch die ersten Ansatzpunkte des Sozialismus auf wirtschaftlichem Gebiet errichtet werden. So sind wir für die Nationalisierung der grossen Unternehmen zum Wohl der Arbeiter. Dies ergibt sich bereits zwingend vom Standpunkt der Wiederherstellung unserer Unabhängigkeit. Wir werden nicht nationalisieren, damit dies einer Staatsbourgeoisie nutzt. Die Arbeiterklasse muss diese Unternehmen in einer demokratischen Weise leiten können. Aber dieser Schritt gilt nicht für alle Wirtschaftssektoren. Sonst würden wir die kleinen Geschäftsleute, die Handwerker, die kleinen Unternehmer von zahlreichen Betrieben, die unser Land aufweist, erschrecken, wir würden sie gegen die Revolution aufbringen.

Und vor allem muss an die Bauern gedacht werden. Die Bauernschaft ist bei uns sehr verschiedenartig. Sie ist nicht organisiert und sie weist im Allgemeinen einen sehr grossen Rückstand bezüglich des Bewusstseins auf. Einige Regionen sind weiter fortgeschritten. Und zwar dort, wo es Landarbeiter gibt, die manchmal arme Bauern geworden sind. Sie haben ein Stückchen Land erhalten, aber können es aus Mangel an Mitteln nicht bearbeiten. Diese werden die Kollektivierung selbst als einen positiven Ausweg ansehen. Aber es gibt auch Regionen, wo die Bauern seit Jahrzehnten das Land zurück fordern. Land, das ihnen von grossen Kapitalisten weggenommen wurde, welche sie aber dennoch bearbeiten. Hier von Kollektivierung zu sprechen, würde die Bauern sofort an den Raub ihrer Ländereien im Lauf der 60er Jahre erinnern.

Unserer Meinung nach wird man schrittweise und in verschiedener Art zum Sozialismus übergehen können. Dies unter Beibehaltung der grösstmöglichen Einheit des Volkes und in dem Mass, in dem seine Erfahrung es dazu führt, dessen Nützlichkeit und Notwendigkeit zu sehen. Es gibt kein einheitliches Schema. Aber es gibt ein einheitliches Ziel, den Sozialismus.

DER AUTOR IST MITGLIED DER PARTEI DER ARBEIT BELGIENS (PTB). ÜBERSETZUNG: GEORG POLIKEIT

15-Jähriger erschossen

Die Polizei im Golfkönigreich Bahrain hat am 30. März einen 15-jährigen Demonstranten erschossen. Die Sicherheitskräfte waren zuvor mit Baumaschinen in die schiitische Ortschaft Saar, nördlich der Hauptstadt Manama, eingerückt, um Plakate und Mahnmale der Protestierenden zu entfernen und zu zerstören. Dabei wurde auf eine Gruppe von Jugendlichen geschossen, berichteten verschiedene Augenzeugen. Der 15-Jährige sei durch einen Kopfschuss getötet worden. Er ist das 20. Opfer, welches seit Beginn des Aufstands im Bahrain, ums Leben kam.

Übersicht über die Aufstände

Ägypten

Die «arabische» Revolution erreicht am 25. Januar 2011 Ägypten. Tausende folgen in Alexandria, Suez, Kairo und vielen anderen Städten einem Facebook-Aufruf und beteiligen sich am «Tag des Zorns». Innert zwei Tagen weiten sich die Proteste zu einem regelrechten Volksaufstand aus. Nach 18-tägigen Massenprotesten tritt Husni Mubarak, der über dreissig Jahre lang an der Macht klebte, schliesslich zurück und begibt sich ins inner-ägyptische Exil. Ein Militärrat übernimmt die Macht und sichert freie und demokratische Wahlen sowie die Aufhebung des seit 30 Jahren geltenden Notstandsgesetzes zu.

Katar

Ein Facebook-Aufruf zum Sturz des Emirs von Katar unterschreiben in wenigen Tagen rund 20 000 InternetbenutzerInnen. Für den 16. März wurde zudem in Katar zu Demos unter dem Motto «Revolution der Freiheit» aufgerufen. Nebst dem Sturz von Emir al-Thani wird unter anderem der Abbruch der Beziehungen zu USA und Israel sowie der Rückzug der als verschwenderisch geltenden «Hauptfrau» des Emirs aus dem öffentlichen Leben gefordert.

Oman

Der «arabische» Frühling erreicht das absolutistisch regierte Sulanat am 18. Februar. In der Folge kommt es zu zahlreichen Kundgebungen für mehr Reformen. Die grösste Demonstration findet am 26. Februar in der Industriestaat Sohar statt. Bei den folgenden Unruhen werden zwei Demonstranten von der Polizei erschossen. Sultan Said kündigt an Milliarden für Stipendien, medizinische Versorgung und verbilligte Lebensmittel zu investieren.

Saudi-Arabien

Nach schweren Überschwemmungen, kommt es in der Hafenstadt Dschidda am 26. Januar zur ersten Demonstration, welche sich gegen das Nichtstun der saudischen Behörden richtet. Die Kundgebung wird von der saudischen Polizei gewaltsam aufgelöst und rund 50 Personen werden inhaftiert. In Saudi-Arabien besteht ein generelles Demonstrationsverbot, trotzdem kommt es in den folgenden Wochen immer wieder zu Protesten, auch in der Hauptstadt Riad. Meist sind es kleine Demos vor dem Innenministerium und es wird die Freilassung von politischen Gefangenen gefordert. Weiter werden unter anderem die Umwandlung Saudi-Arabiens in eine konstitutionelle Monarchie und eine gerechtere Verteilung des Wohlstands gefordert.

Algerien

Die Unruhen erreichen am 5. Januar 2011 Algerien. Während Tagen kommt es zu schweren Krawallen zwischen der perspektivlosen Jugend und der algerischen Polizei. Die Proteste richten sich vor allem gegen die gestiegenen Lebensmittelpreise und die grassierende Korruption. Als Reaktion auf die regelmässige Proteste von Oppositionellen und landesweiten Streiks von zehntausenden Angestellten der Müllabfuhr, Sanität und Beamten werden die Lebensmittelpreise gesenkt und am 24. Februar der Ausnahmezustand, nach fast 20 Jahren, aufgehoben.

Kuwait

Mehrere Tausend Menschen gehen am 18. Februar 2011 in Dschahra auf die Strasse. 30 Demonstranten werden verletzt und rund 50 Personen verhaftet. Bei den Protestierenden handelt es sich vor allem um Beduinen, die die Anerkennung als kuwaitische Bürger fordern. In Kuwait leben etwa eine Viertelmillion Beduinen. Sie sind im Alltag stark diskriminiert. Unter anderem dürfen sie ihre Kinder auf keine staatlichen Schulen schicken und keine Grundstücke erwerben. In den folgenden Wochen springen die Proteste auch auf andere Bevölkerungsgruppen über.

Palästina

Eine Grossdemonstration in Gaza-City wird am 16. März von der Hamas gewaltsam aufgelöst. Auch im Westjordanland kommt es in zahlreichen Städten gleichentags zu Demos. Die jungen palästinensischen AktivistInnen in Gaza und Westjordanland fordern eine nationale Versöhnung der zerstrittenen Palästinensergruppen. Der Versuch, auf dem zentral gelegenen Katiba-Platz in Gaza eine Zeltstadt aufzubauen, wird durch die Hamas gewaltsam verhindert. Palästinenserpräsident Abbas verspricht daraufhin baldige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Viele Teilnehmende betonten, dass sie die Schnauze voll von Spaltung und Besatzung haben. In mehrere Städten im Westjordanland treten Dutzende Jugendliche in einen unbefristeten Hungerstreik und fordern eine «nationale Versöhnung».

Bahrain

Der «arabische» Frühling erreicht das Golf-Königreich am 14. Februar 2011, als einige Hundert Menschen nach dem ägyptischen Vorbild auf dem zentral gelegenen Perlenplatz in der Hauptstadt Manama ein Zeltlager errichten. In den frühen Morgenstunden des 17. Februar wird das Camp von Sondereinheiten angegriffen und vier Demonstrierende getötet. In den Tagen darauf weiten sich die Proteste auf grosse Teile der schiitischen Bevölkerung aus und der Perlenplatz wird erneut besetzt. In der Folge kommt es während Wochen zu Massenprotesten gegen das sunnitische Königshaus. Schliesslich ruft König Al Khalifa die Golfstaaten um militärische Unterstützung. Rund 1000 saudische Soldaten marschieren im Bahrain ein und unterstützen die lokalen Sondereinheiten aktiv bei der Niederschlagung der Proteste. Gleichentags wird der Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt. Die Opposition spricht von einer «Kriegserklärung» und Besatzung durch ausländische Truppen.

Libanon

Mehrere Zehntausend Menschen demonstrieren am 20. März in der Hauptstadt Beirut für das Ende des konfessionellen politischen Systems und gehen mit dem Slogan «Laissezsez la solution» auf die Strasse. Das demokratische System im Libanon ist sehr komplex und seit der Unabhängigkeit 1943 wird in einem Quotensystem garantiert, dass sämtliche 18 christlichen und muslimischen Konfessionen an der Regierung beteiligt sind. Im Alltag führt das vor allem zu einer sehr ausgeprägte Klientelpolitik zu Gunsten der eigenen religiösen Minderheit. So überrascht es nicht, dass während den Kundgebungen Parolen wie «Sturz der konfessionellen Regierung im Libanon» und «Revolution gegen den Konfessionalismus» zu hören sind.

Dschibuti

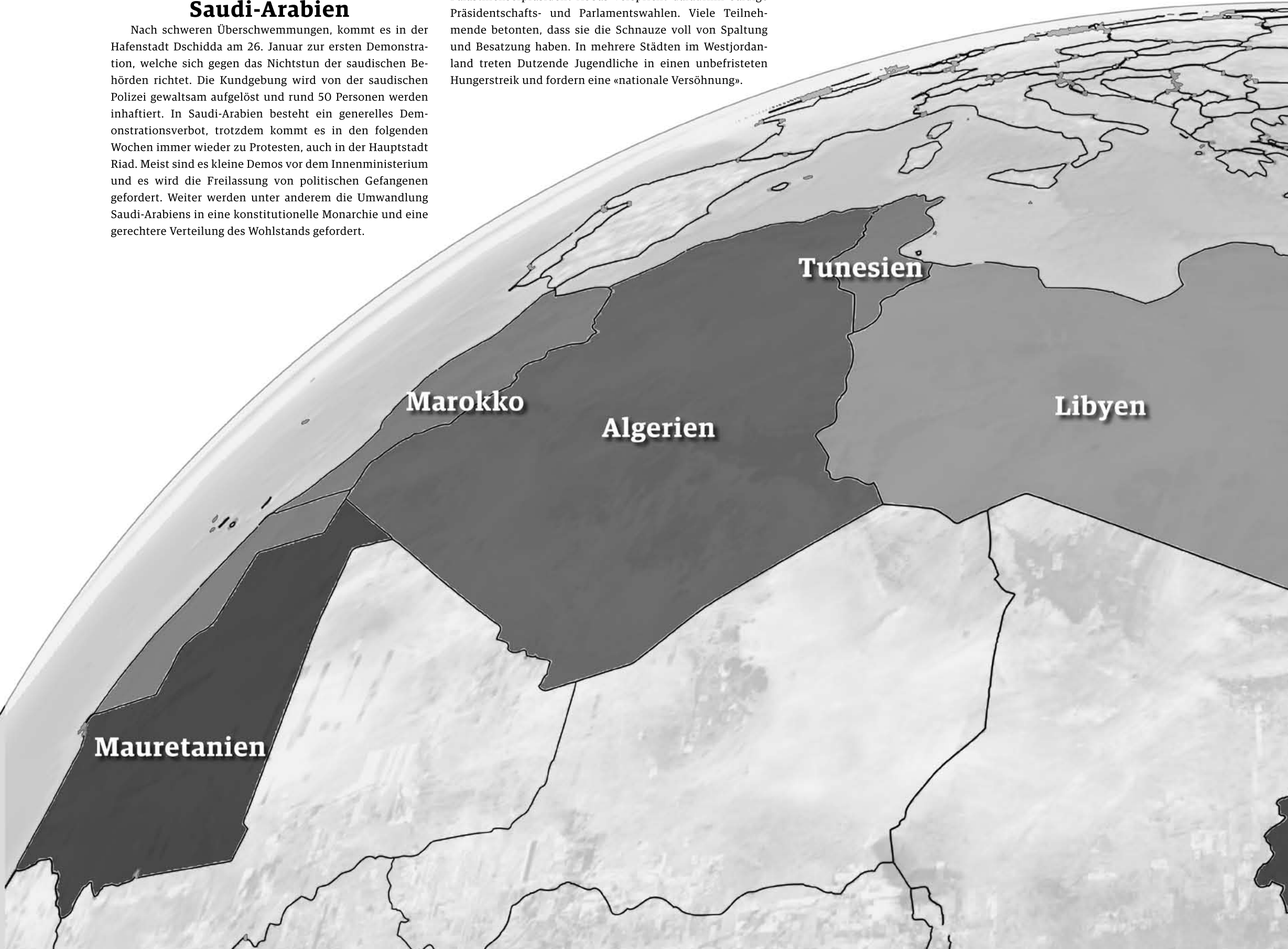
Am 18. Februar 2011 demonstrieren in Dschibuti Tausende Menschen am Roten Meer Zehntausende gegen den Präsidenten Ismail Omar Guelleh. Zehntausende von Sicherheitskräften erschossen die Demonstranten. Geplanter «Tag des Zorns» wird verhindert und rund 450 Opfer. In der Folge kommt es immer wieder zu Demonstrationen und Guelleh verspricht Reformen.

Marokko

Tausende folgen einem Facebook-Aufruf zum «Tag der Freiheit» am 20. Februar 2011 zum «Tag der Freiheit». In den Unruhen sterben fünf Menschen. Die Opposition fordert die Abdankung des Königs Mohammed VI. Um ein Ausweiten der Proteste zu verhindern, kündigte Mohammed VI. an, dass er entschlossen ist, höchstpersönlich in Gänge zu gehen. Mohammed VI. eingesetzte Kommissionen für Reformen ausarbeiten. Die Opposition fordert weitere Zugeständnisse an die Bevölkerung.

Sudan

In der Hauptstadt Khartoum demonstrieren Tausende Menschen sowie Anhänger der kommunistischen Opposition auf die Situation im Sudan. Die ökonomische Misere kritisiert die Opposition, vor allem die Verhaftung von mehr als 1000 Menschen. Al-Bashir macht in den kommenden Wochen Zugeständnisse und kündigt an, dass er 2015 nicht mehr als Präsident kandidieren wird.



de in der arabischen Region

Dschibuti

Demonstrieren im winzigen Staat am 25. Februar gegen die Regierung von Präsident Ismaïl Goumri. Zwei Demonstrierende werden verletzt. Ein für den 25. Februar angekündigter Demonstration durch die Sicherheitskräfte positionelle verhaftet. In der Folge zu kleineren Demonstrationen und weitgehende Reformen.

Libanon

Facebook-Eintrag, der für den 25. Februar die Regierung von Präsident Michel Suleïman aufruft. Bei den Unruhen in einer brennenden Bankfiliale Proteste zu verhindern, kündigt die Regierung Verfassungsreformen an. Die nötigen Reformen werden nicht bringen. Eine von König Abdullah II. am 1. Juni Vorschläge an die Opposition soll bis Juni Vorschläge an die Opposition.

Libyen

Am 27. Februar bildet sich in Bengasi eine Übergangsregierung, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängt ein Waffenembargo sowie weitreichende Sanktionen gegen den Gaddafi-Clan. Und die Opposition ruft zum «Marsch nach Tripolis» auf. Am 17. März 2011 verabschiedet der UN-Sicherheitsrat seine Resolution 1973, gleichzeitig greifen die westlichen Mächte mit Luftschlägen libysche Ziele an, um Einfluss in die Geschehnisse der arabischen Region zu nehmen.

Irak

Am 22. Februar kommt es im südirakischen Basra zu den ersten Demos. Drei Tage später kommt es nach dem Freitagsgebet in zahlreichen anderen Städten zu Protesten gegen soziale Ungerechtigkeit, Korruption sowie die hohe Arbeitslosigkeit. Sowohl in den sunnitischen als auch in schiitischen und kurdischen Gebieten kommt es zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften und Toten. In Basra muss der als besonders korrupt geltende Gouverneur auf Druck der Strasse zurücktreten. Am 4. März kommt es in Bagdad und anderen Städten zu neuen Protesten statt und am 16. März demonstrieren in Bagdad und im Süden des Iraks erneut Tausende gegen den saudischen Einmarsch in Bahrain.

Libyen

Die Welle der Revolution erreicht am 18. Februar auch Libyen. In der Hafenstadt Bengazi gibt es die ersten Toten und als am folgenden Tag Zehntausende am Begräbnis für die Ermordeten teilnehmen, eröffnen Spezialeinheiten erneut das Feuer. Dutzende werden erschossen und Gaddafi geht in den folgenden Tagen mit grosser Härte und Brutalität gegen die unbewaffnete Opposition vor. Ab diesem Zeitpunkt bilden sich in mehreren Teilen des Landes bewaffnete Gruppen, die gegen das Regime kämpfen. Wobei bis heute nicht klar ist, wie sich die Gruppen so schnell bewaffnen konnten und welche Hintergründe sie haben.

Am 27. Februar bildet sich in Bengasi eine Übergangsregierung, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängt ein Waffenembargo sowie weitreichende Sanktionen gegen den Gaddafi-Clan. Und die Opposition ruft zum «Marsch nach Tripolis» auf. Am 17. März 2011 verabschiedet der UN-Sicherheitsrat seine Resolution 1973, gleichzeitig greifen die westlichen Mächte mit Luftschlägen libysche Ziele an, um Einfluss in die Geschehnisse der arabischen Region zu nehmen.

Jemen

Zehntausende protestieren am 27. Januar in der jemenitischen Hauptstadt Saana gegen Präsident Ali Adullah Saleh. Die Revolution hat zeitgleich mit Ägypten den Jemen erreicht und es kommt zu wochenlangen Dauerprotesten. Am 8. März beteiligen sich Hunderttausende am «Tag der Würde», Scharfschützen eröffnen von umliegenden Dächern das Feuer auf die Menschenmassen und richten ein Blutbad an. Über 50 Demonstranten werden massakriert. In der Folge verliert Präsident Saleh immer mehr den Rückhalt in den eigenen Reihen und in der Hauptstadt fahren zum Schutz der Demonstrierenden Panzer auf. Es kommt zu Gefechten zwischen regulären Armeeeinheiten und der Präsidentengarde. Um einer Rücktrittswelle von mehreren Ministern zuvorzukommen, löst Saleh am 20. März das Parlament auf. Auch letzte Woche kommt es tägliche zu Massenprotesten, an denen sich Hunderttausende beteiligen.

Mauretanien

Seit anfangs Februar kommt es auch in Mauretanien immer wieder zu kleineren Demonstrationen. Die Proteste richten sich vor allem gegen die in Mauretanien auch heute noch praktizierte Sklaverei, von der vor allem die Minderheit der Haratinnen betroffen ist. Um eine Ausweitung der Proteste vorzubeugen, senkt die mauretanische Regierung die Preise für Grundnahrungsmittel um 30 Prozent.

Tunesien

Was am 17. Dezember 2010 in der Stadt Sidi Bouzid mit der Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi begann, weitet sich in den folgenden Wochen zu einem Volksaufstand aus, der als Jasmin-Revolution in die Geschichtsbücher eingehen und der die Jugend in vielen anderen arabischen Ländern zum Aufstand inspirieren wird. Nach wochenlangen Protesten flüchtete Präsident Ben Ali am 17. Januar ins saudische Exil. Zwar bildet sich eine Übergangsregierung unter Ghannouchi, doch auch er muss auf Druck der Strasse Ende Februar sein Amt niederlegen.

Jordanien

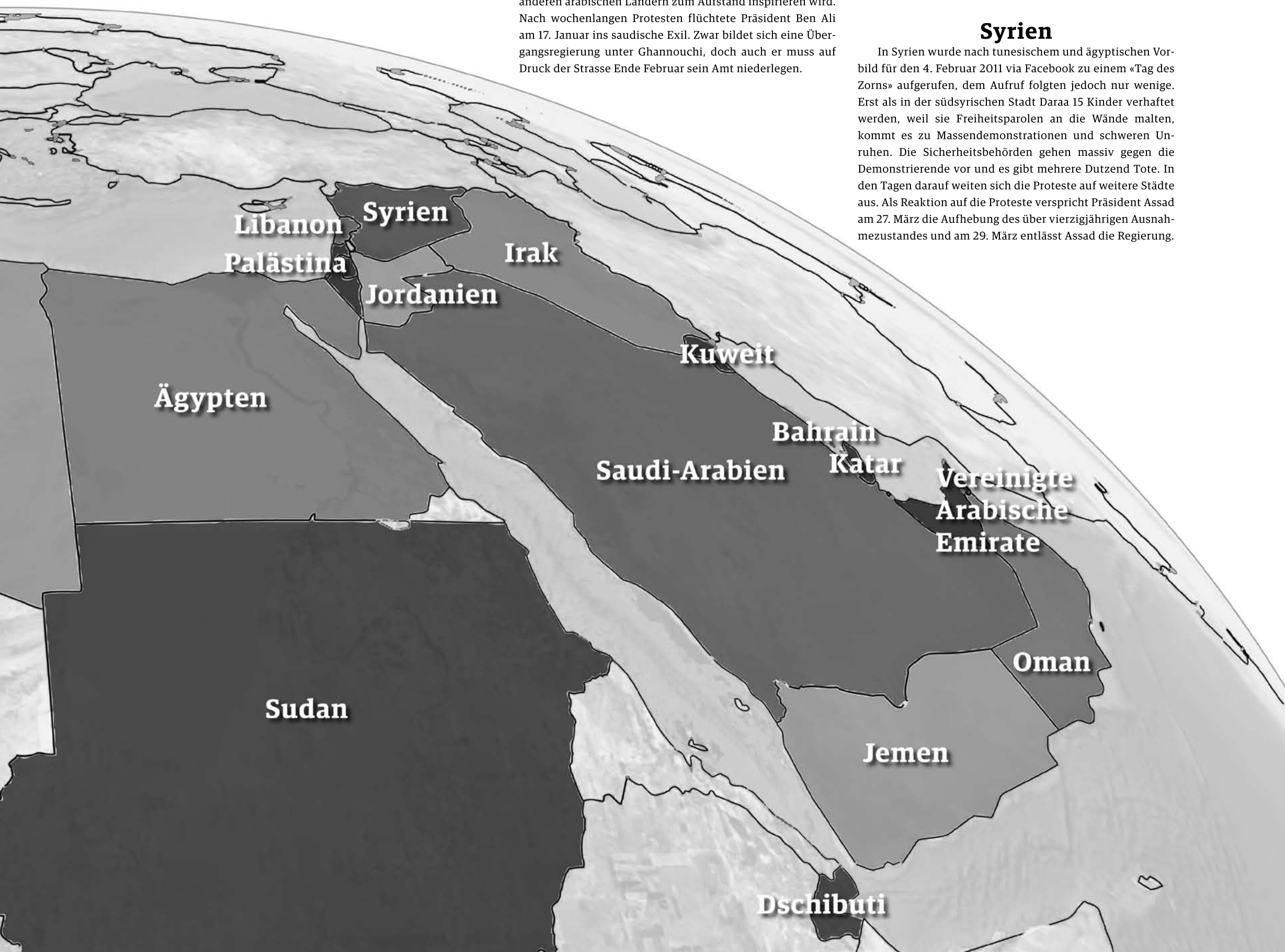
In der Hauptstadt Amman kommt es am 7. Januar 2011 zu den ersten Demonstrationen. Die Proteste richten sich vor allem gegen die Regierung von Samir-ar-Rifai. König Abdullah II. kündigt auf Grund der Entwicklungen in Tunesien und Ägypten tiefgreifende Reformen an und mahnt die Opposition zum Dialog. Ministerpräsident ar-Rifai wird am 1. Februar abgesetzt und al-Bachit, der bereits von 2005 bis 2007 Premierminister war, mit der Regierungsbildung beauftragt. Trotzdem weiten sich die Proteste ebenso in Jordanien aus. Die Jugendbewegung gründet das Komitee «24. März». Der Versuch gleichentags auf dem Nasser-Platz ein Zeltlager zu errichten, wird von Regimeanhängern und den Sicherheitskräften gleichentags blutig niedergeschlagen. Zwei Tote und 160 Verletzte melden Presseagenturen. Als Folge brechen die Islamische Aktionsfront und weitere Oppositionsgruppen die Zusammenarbeit mit dem «Nationalen Dialog-Ausschuss» ab.

Nordirak

Seit Mitte Januar kommt es in der kurdischen Autonomieregion im Nordirak beinahe täglich zu Massenprotesten. Die Demonstrierenden fordern den sofortigen Rücktritt von Präsident Massud Barsani. Der Aufruhr richtet sich gegen die beiden zerstrittenen Parteien PUK und KPD, welche den Nordirak unter sich aufgeteilt haben, wo Korruption und Vetterwirtschaft alltäglich sind. Hochburg der Proteste ist die von der PUK regierte Millionen-Metropole Suleimania. In den vergangenen Wochen haben sich die Proteste auf weitere Städte im Nordirak ausgeweitet. Als Reaktion hat die Autonomie-Regierung die Universitäten in Erbil und Suleimania bis Mitte April schliessen lassen. Rund ein Dutzend Demonstrierende sind bisher bei Protesten im Nordirak ums Leben gekommen.

Syrien

In Syrien wurde nach tunesischem und ägyptischen Vorbild für den 4. Februar 2011 via Facebook zu einem «Tag des Zorns» aufgerufen, dem Aufruf folgten jedoch nur wenige. Erst als in der südsyrischen Stadt Daraa 15 Kinder verhaftet werden, weil sie Freiheitsparolen an die Wände malten, kommt es zu Massendemonstrationen und schweren Unruhen. Die Sicherheitsbehörden gehen massiv gegen die Demonstrierende vor und es gibt mehrere Dutzend Tote. In den Tagen darauf weiten sich die Proteste auf weitere Städte aus. Als Reaktion auf die Proteste verspricht Präsident Assad am 27. März die Aufhebung des über vierzigjährigen Ausnahmezustandes und am 29. März entlässt Assad die Regierung.



«Wir haben angefangen, demokratische Luft zu atmen»

Alex Riva. **Anne Emmanuèle Hassairi hat den politischen Wandel der letzten Monate in Tunesiens Hauptstadt Tunis miterlebt und ihn als Mitglied der feministischen NGO «Association Tunisienne des Femmes Démocrates» (AFTD) aktiv mitgestaltet. Das Interview über ihre Erfahrungen und Einschätzungen hat Alex Riva schriftlich geführt und aus dem Französischen übersetzt. Erster von zwei Teilen eines bewegenden Zeugnisses.**

Wie haben Sie die Zeit des politischen Umbruchs in Tunesien seit dem Dezember 2010 erlebt?

Seit der Selbstverbrennung von Mohammed Bouazizi in Sidi Bouzid [17. Dezember 2010, Anm. d. Ü.] war Tunesien wie ein Dampfkochtopf vor dem Bersten. Wir haben die Ereignisse am Fernsehen verfolgt, auf France 24 und Al Jazira. Die Benutzung von Facebook haben wir vermieden. Wir wussten, dass das Internet von Ben Alis Hackern stark überwacht wurde und wir waren eine direkte Zielscheibe: Mein Ehemann gehört zu den aus politischen Gründen ehemals Verurteilten und Eingesperrten. Junge Bekannte haben uns aber mitgeteilt, was sie über Facebook erfuhren.

In der Hauptstadt Tunis wuchsen die Demonstrationen mit jedem Tag an. Die AFTD hatte dem Regime per Fax die Aufforderung geschickt, nicht mehr auf die Bevölkerung zu schiessen. Am 13. Januar hat die Provokation eine neue Stufe erreicht, als Ben Ali sich bis 2014 Zeit gewähren wollte, um uns weiterhin mundtot zu machen und das Land auszuplündern.

Für den nächsten Tag war ein Generalstreik angekündigt. Ich war von acht Uhr an vor dem Sitz der Gewerkschaft. Von hier gelangte unsere Demonstration bis vor die Gebäude des Innenministeriums. Die Einsatzkräfte waren herausgefordert. Für mich, – die ich Jahre zuvor einige Tage in diesen Räumlichkeiten verbracht hatte und die Schreie meines gefolterten Ehemanns nebenan mitangehört hatte, der monatelang im Kerker sass – war es eine Therapie, eine Last fiel von mir, wie nach und nach die Menge grösser wurde. Meine Angst verflog und ich fühlte mich unbezwingbar und von Glück erfüllt. Nachdem mir die Stunden des Stehens zugesetzt hatten, bin ich am frühen Nachmittag heimgekehrt. Vom Tränengas und den Schlagstöcken am späten Nachmittag des 14. Januars blieb ich somit verschont. Dass ZABA (nach den Initialen des Diktators Zine el Abidine Ben Ali) geflohen sei, habe ich telefonisch von einer Freundin erfahren.

Die Ausgangssperre galt ab 17 Uhr. In meinem Viertel haben die Milizen der Diktatur gleich am ersten Abend angefangen, Panik zu verbreiten. Fünf von ihnen haben bei mir geklingelt. Ich war allein. Zum Glück war das Licht aus. Sie sind dann, wie ich durch das Moucharabieh (geschnitztes Fensterholzgitter, Anm. d. Ü.) sehen konnte, zu den umliegenden Häusern weitergezogen. Zum ersten Mal hatte ich Angst. Allein zu Hause fühlte ich mich verletzbar.

Sehr bald waren Schüsse zu hören – und die Geräusche von rennenden Menschen. Am nächsten Morgen haben die EinwohnerInnen reagiert und die Gewerkschaft hat dazu aufgerufen, sich in Quartierkomitees zu organisieren und Wachequips aufzustellen, damit die Milizen nicht zerstören und uns angreifen konnten. Vor allem die jungen Männer haben sich zusammengetan, um Tag und Nacht an Sperren am Eingang zu den Quartieren auszuharren. Wir waren zudem geschützt durch Soldaten, die an den Kreuzungen verdächtige Wagen durchsuchten (die Milizen hatten viele Waffen entwendet) und wir hatten eine Nummer, um die Armee zu Hilfe zu rufen.

Die Milizen ihrerseits wollten uns terrorisieren mit ihren Gewehren von den Dächern. Aber die EinwohnerInnen haben sie, unterstützt von der Armee, erfolgreich zurückgedrängt. Die Hacker im Dienst der Präsidentengarde wurden von der Armee aus dem Palast verjagt und ich habe angefangen, Facebook zu benutzen.

Wie hat sich die Lage nach dem 14. Januar aus Ihrer Sicht entwickelt?

Allmählich ist wieder Ruhe eingekehrt und wir haben angefangen, demokratische Luft zu atmen. Die Polizei, vorher allgegenwärtig, war aus den Strassen der Hauptstadt verschwunden. Die TunesierInnen, die sich zuvor wenig an die Verkehrsregeln gehalten und nur aus Furcht vor dem Flic gehorcht hatten,

wurden achtsam auf den Strassen. Ein Gemeinsinn kehrte zurück. Rotlichter und Tempolimiten wurden eingehalten... unglaublich! Wir sind für das Brot in den ersten Tagen angestanden ohne zu streiten oder zu drängeln. Wir, die wir es derart gewohnt sind, uns um das Brot zu streiten, kurz bevor die Fastenfrist im Ramadan abläuft. Der Sturz der Diktatur hat uns solidarisch und verantwortungsvoll gemacht. Sogar die Männer, wenn sie vor den Cafés sitzen und nichts zu tun haben, verloren ihre Angewohnheit, den Frauen nachzuschauen. Ich habe es geschätzt, Gemeinsinn (civisme) und öffentliches Verantwortungsbewusstsein (citoyonneté) kennenzulernen. Es war ein anderes Tunesien.

In den folgenden Tagen haben wir von der AFTD für die Gleichstellung der Frauen Demonstrationen organisiert, für den Laizismus [Trennung von Staat und Religion, Anm. d. Ü.]. Viele junge und weniger junge Männer haben sich uns angeschlossen. Die uniformierte Polizei war weg. Dafür bedrohten uns die Milizen mit Stichwaffen und die IslamistInnen kamen, um zu provozieren. Wenigstens haben wir es jedes Mal geschafft, über eine Stunde zu demonstrieren. Noch hatten wir nicht gelernt, einen Ordnungsdienst zum Schutz der TeilnehmerInnen aufzustellen und Plakate und Transparente vorzubereiten: Es war ein Gebastel... Die Äusserungsfreiheit haben wir uns Tag für Tag angeeignet.

Der Immobilismus der Übergangsregierung und die politische Verwirrung unter ZABAs altem Premierminister Mohamed Ghanouchi haben die jungen Menschen aus den umliegenden Regionen dazu gebracht, in die Hauptstadt zu kommen. In Sit-ins forderten sie während mehrerer Wochen vor den Regierungsgebäuden auf dem Platz Kasbah den Rücktritt der alten Angehörigen des RCD (rassemblement constitutionnel démocratique, Einheitspartei des Exdiktators, Anm. d. Ü.), bis diese Minister inklusive Ghanouchi demissionierten. Wir gingen täglich die Jungen unterstützen und diskutierten mit ihnen. Die Stimmung auf dem Platz war festlich mit Plakaten und Tags auf den Mauern, mit improvisierten Orchestern, die Lieder gegen den Diktator und die AnhängerInnen des RCD spielten.

An den Sonntagen besuchen ganze Familien die Villen und Paläste, die dem Clan von Ben Ali und dem seiner Ehefrau Trabelsi gehört haben. Dabei sind wir sehr zahlreich. Es ist zu einer spielerischen Freizeitbeschäftigung der tunesischen BürgerInnen geworden.

Die alten ParteigängerInnen des RCD haben mit ihren Milizen im ganzen Land Gegendemonstrationen organisiert, Brände gelegt, geplündert und schwere Schäden verursacht. Am Fernsehen haben wir die Rückkehrenden aus dem politischen Exil gesehen. Für die IslamistInnen bot sich am Flughafen Tunis-Karthago die Gelegenheit zu zeigen, dass sie fähig sind, die Menge zu mobilisieren. Ihre Slogans liessen Befürchtungen für die demokratische Zukunft des Landes aufkommen. Vor der Synagoge haben ausserdem die SalafistInnen (mittelalterliche IslamistInnen) demonstriert mit antisemitischen Parolen, ohne dass Ordnungskräfte anwesend gewesen wären.

Solche Ereignisse haben mir zu Bewusstsein gebracht, wie zerbrechlich die Revolution und der demokratische Prozess sind. Sie zeugen von der Nachsicht der Übergangsregierung gegenüber den Ausschreitungen der alten Anhängerschaft des RCD und gegenüber der Wiederbelebung der islamistischen Bewegung.

Wie funktionieren die Medien heute in Tunesien?

Der neue Premierminister der Übergangsregierung Béji Caid Essebsi spricht von einer freien Presse ohne Bevormundung durch ein Informationsministeriums.

Politische Debatten haben im Fernsehen Eingang gehalten. Von der Unterhaltung unter der Dikta-

tur hat man sich erst einmal entfernt: Moschee und Fussball für die Männer, mexikanische und ägyptische Serien für die Frauen. Achtung, die BürgerInnen machen sich kundig!

Auf den Fernsehsendern, der weitaus beliebtesten Informationsquelle, und den Radiostationen werden seit zwei Monaten politische Debatten zu den Spitzenzeiten ausgestrahlt. Sie ziehen ein grosses Publikum an, obwohl man der immer gleichen Köpfe bereits etwas überdrüssig ist. Seit dem 20. März werden vor den Acht-Uhr-Nachrichten allerdings auch wieder Serien ausgestrahlt. Die Fussballspiele sind am Samstag, den 26. März, zögerlich wieder angelaufen.

Die alten JournalistInnen, die alle im System ZABA gedämpft haben, wurden ausgerangiert. Sie wurden durch junge ersetzt, denen es an Erfahrung fehlt. Die Qualität der politischen Debatten lässt deshalb zu wünschen übrig. Für eine gute Debatte braucht es drei Bedingungen: ein gutes Thema, interessante Gäste und eine gute Moderation. An guten Themen fehlt es nicht in einem Tunesien in voller Gärung.

Was hat sich sonst noch geändert in Tunesien?

Soziale Bewegungen sind entstanden. Vor den Präfekturen ihrer Region demonstrieren die jungen Arbeitslosen mit Diplom, für die noch keine Lösung gefunden ist. Fast 30 Prozent von den 18- bis 29-Jährigen sind ohne Arbeit, bei den HochschulabgängerInnen beträgt die Quote knapp 45 Prozent.

Daneben setzen sich Angestellte in Streikbewegungen und Sit-ins dafür ein, dass die Patrons und Kader verschwinden, die vom diktatorischen System mit seiner Korruption profitiert haben. In der Gesundheitseinrichtung, in der ich arbeite, wurden die Schlüsselpositionen an die Familienmitgliedern der Direktorin verteilt, verbunden mit ausserordentlichen Begünstigungen.

Schliesslich fordern ArbeiterInnen in der Industrie höhere Löhne. Letztthin hat das Fernsehen eine Reportage über einen französischen Unternehmer gezeigt, der in einer Fabrik, in der Kabel für die Autoindustrie hergestellt werden, miserable 250 Dinar (etwa 170 Franken, Anm. d. Ü.) pro Monat auszahlt. Er droht bei Fortführung des Streiks das Werk zu schliessen.

Täglich wird die Zulassung neuer politischer Parteien angekündigt. Mittlerweile sind es über fünfzig, wovon mir nur fünf als Oppositionsparteien zur Diktatur bekannt sind. Für die entscheidende Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung am 24. Juli bedeutet die grosse Zahl, dass eher Personen gewählt werden, die für bestimmte Werte stehen, als die neuen Parteien, deren Programme unbekannt bleiben werden.

Seit der gute Kommunikator Béji Caid Essebsi der Übergangsregierung vorsteht, hat sich die politische Lage beruhigt. Nach Einsetzung des 81-Jährigen, der bereits der Regierung Bouguibas (erster Präsident nach Tunesiens Unabhängigkeit, Anm. d. Ü.) angehört hatte, wurden die Sit-ins auf dem Platz Kasbah abgebrochen. Die TunesierInnen scheinen zufrieden zu sein mit ihrem neuen Premierminister. Es ist ungewiss, ob dieser Optimismus der Situation gerecht wird oder ob die Bevölkerung sich selbst gut zuredet in der Hoffnung, dass ihre Wünsche sich in Realität verwandeln.

ANNE EMMANUEL HASSAIRI ARBEITET ALS HEbamme und ist Mitglied der feministischen NGO ASSOCIATION TUNISIENNE DES FEMMES DÉMOCRATES (AFTD, TUNESISCHE VEREINIGUNG DEMOKRATISCHER FRAUEN), DIE SICH SEIT DER GRÜNDUNG 1989 AN SOZIALEN BEWEGUNGEN BETEILIGT UND DEREN TÄTIGKEITEN UNTER DER DIKTATUR BEN ALIS STÄNDIG UNTERBUNDEN BZW. VERBOTEN WORDEN SIND.
HTTP://FEMMESDEMOCRATES.ORG

Empörung

In Deutschland löste die Meldung über die Kooperation der deutschen Polizei mit Saudi-Arabien im Rahmen eines Rüstungsgeschäftes grosse Empörung aus. Angesichts der Umwälzungen in der arabischen Welt mehrte sich in Deutschland die Kritik am Einsatz von Beamten der deutschen Bundespolizei im Golfstaat. Verschiedene deutsche Medien berichteten am 3. April ausführlich über die Kooperation der deutschen Polizei mit Saudi-Arabien. Hintergrund ist ein Milliardenengeschäft des Rüstungskonzerns EADS mit dem saudischen Königshaus. 2009 erhielt EADS den Zuschlag für den Aufbau einer Grenzsicherungsanlage in Saudi-Arabien. Für den Umgang mit der Technik werden die örtlichen Grenzpolizisten durch die deutsche Bundespolizei ausgebildet. Vor allem die Kombination von Rüstungsgeschäft und Polizeieinsatz löst Kritik aus. Nach Recherchen des ARD-Magazins sind jeweils zwischen 35 und 45 Bundespolizisten für je drei Monate im Wüstenstaat. Und wie der «Focus» berichtete, sollen für das Schulungsprogramm im deutschen Bundeshaushalt 20 Millionen Euro bereit stehen. Mit dem geplanten Ausbau der Bundespolizei in Riad auf 65 Mann würde es sich neben Afghanistan um das grösste Kontingent der deutschen Bundespolizei im Ausland handeln.

Die Islamische Republik flieht nach vorne!

Mahdi Rezaei-Tazik **Die Islamische Republik Iran (IRI) wendet angesichts der Ereignisse in der arabischen Welt die Strategie «Flucht nach Vorne» an und bezeichnet die nordafrikanischen Revolten manipulativ als «Weiterführung der Islamischen Revolution». Währenddessen skandieren Demonstrierende auf den Strassen Irans: «Wir wollen keine Islamische Republik!»**

Am 14. Februar 2011 fanden, in Anlehnung an die nordafrikanische Freiheitsbewegung, in verschiedenen Städten Irans Demonstrationen statt. Die Hauptparolen der Demonstrierenden lauteten: «Wir wollen keine Islamische Republik!» und «Nieder mit Khamenei!». Das Regime unterdrückte diese Demonstrationen brutal. Die Behörden gaben die Namen von 1500 Verhafteten bekannt. Mindestens zwei Personen (Mohamad Mokhtari und Sane Jaleh) wurden durch Schussverletzungen getötet. Die Behörden schoben die Schuld an den Todesfällen der verbotenen Oppositionsgruppe Volksmujahedin zu, was diese aber abstreitet.

Dass im Iran auf DemonstrantInnen geschossen wird, ist nicht erstaunlich oder neu. Was aber neu ist: Der Demonstrant Sane Jaleh wurde von Basij-Milizen (Unterdrückungsapparat des Regimes) erschossen, während dieselben Basij-Milizen behaupten, dass Saneh Jaleh ein Mitglied der Miliz gewesen sei und deshalb von Volksmujahedin getötet wurde. Ghaneh Jalehz, der Bruder von Saneh Jaleh, prangerte das Regime an und widersprach in einem Interview mit «Voice of America» diesen Behauptungen, indem er erklärte, sein Bruder sei keinesfalls Mitglied der Basij-Milizen gewesen.

Flucht nach vorne

Die Geschichte lehrt uns, dass kein Regime durch Zensur, Unterdrückung, Folter und Hinrichtung seine Existenz retten kann. Dies hat die Führung in Teheran trotz der nordafrikanischen Revolten nicht begriffen. Ganz im Gegenteil: Anstatt die Revolten in Tunesien und Ägypten als Forderung nach Demokratie und Wohlstand zu akzeptieren, bezeichnet sie die IRI als «Weiterführung der islamischen Revolution». Diese Reaktion ist als eine «Flucht nach vorne» zu verstehen, denn auch im Iran brodelt ein Aufstand mit ähnlichen Forderungen wie in Ägypten.

Als Reaktion auf die manipulierten Präsidentschaftswahlen 2009 entstand im Iran die «Grüne Bewegung» für Freiheit und Demokratie. Die ursprüngliche Parole «Gibt mir meine Stimme zurück!» verwandelte sich in Parolen wie «Nieder mit der Herrschaft des Rechtsgelehrten!» und «Wir wollen keine Islamische Republik!», welche auch am 14. Februar ausgerufen wurde. Die Bewegung konnte ihre Ziele bis jetzt nicht erreichen. Gründe dafür sind: Erstens: ein Mangel an progressiven Führungspersonlichkeiten für die Bewegung. Die «Führer» der «Grünen Bewegung» warnten/warnen die Demonstrierenden ständig vor «Radikalismus». Unter «Radikalismus» verstanden/verstehen sie die gegen die IRI gerichteten Parolen. Zweitens: die brutale Gewaltanwendung des Regimes gegen die Demonstrierenden.

Inwieweit die Revolten in Tunesien und Ägypten von der iranischen «Grünen Bewegung» beeinflusst wurden, kann nicht mit Sicherheit beurteilt werden. Aber Wael Ghonims, einer der Anführer der Proteste in Ägypten, sagte am 10. Februar 2011 in einem Gespräch mit Interantional Campaign for Human Rights in Iran (ICHRI): «Ich möchte den Iranern sagen, dass sie von den Ägypten lernen sollten, so wie wir von euch gelernt haben [...]». Die Ereignisse in den arabischen Ländern zeigen, wie sich die Revolten oder vielleicht Revolutionen in arabischen und islamischen Ländern gegenseitig beeinflussen können. Auch im Iran ist die «Grüne Bewegung» wieder aufgeflackert, welche als «Feuer unter der Asche» gebrodelt hatte. Genau davor fürchtet sich das Regime im Iran.

Islamische Erleuchtung?

Zur Manipulation des iranischen Volkes, und um das Aufflackern der «Grünen Bewegung» zu verhindern, bezeichnete die Führung in Teheran die Revolten in Tunesien und Ägypten als Weiterführung der «Islamischen Revolution», welche im Jahre 1979 zum Sturz des Schah-Regimes führte. Der Revolutionsführer der Islamischen Revolution, Ali Khamenei, bezeichnete die Revolte in Ägypten während einer Rede beim Freitagsgebet am 4. Februar 2011 als «Zeichen der Islamischen Erleuchtung».

An der Spitze der Revolte in Ägypten waren jedoch keine Islamisten. Genauso wenig waren während den Protesten dominante islamische Parolen zu



hören. Das ägyptische Volk ist für Freiheit, Demokratie und Wohlstand aufgestanden. Dies ist auch den islamistischen Kreisen in Ägypten bewusst: Der Vorsitzende der ägyptischen Muslimbrüder, Mohammad Badie, wehrte sich entschieden dagegen, die Bezeichnung «Islamische Revolution» für die Ägyptische Revolte zu verwenden. Die Proteste am Nil, erklärte er, seien eine «Volksrevolution» aus allen politischen und religiösen Gruppen.

Die islamistischen Muslimbrüder werden nicht mehr aus dem politischen System ausgeschlossen. Es besteht sogar die Möglichkeit, dass sie bei den zukünftigen Wahlen eine Mehrheit im Parlament bilden könnten. Dies rechtfertigt jedoch in keiner Weise, dass die Führung in Teheran sich erlaubt, die ägyptischen Forderungen nach Freiheit, Demokratie und Wohlstand, als «Islamische Revolution» zu vereinnahmen. Diese Äusserungen verdeutlichen die Angst der Islamischen Republik Iran, vor der «Grünen Bewegung». Diese wartet nämlich auf die optimale Gelegenheit, sich wieder gegen das Regime aufzulehnen.

Aus den Parolen der Demonstrierenden lässt sich ablesen, dass die «Grüne Bewegung» ein grundsätzlich neues politisches System anstrebt. Die Personen, welche die «Führung» der «Grünen Bewegung» übernommen haben und die «Reformisten» im In- und Ausland sprechen sich hingegen für «Reformen» im Rahmen der existierenden Verfassung aus. Der Grund: Ein Sturz des Regimes würde auch das Ende der islamisch orientierten Reformisten bedeuten.

Eine kurze Analyse der heutigen Verfassung der IRI

Der reformistisch orientierten Partei «Partizipationsfront des islamischen Irans» (PFII) zufolge ist «die Parole «das Volk will den Sturz des Regimes», welches ein unbestrittenes Übereinkommen in Ägypten war, (...) bei der Grünen Bewegung kein Konsenthema». Laut der PFII strebt die Grüne Bewegung nur die «vollständige Abhandlung der [existierenden] Verfassung» und «freie Wahlen» an.

Die «Organisation von Mujahedin der islamischen Revolution Irans» (OMIR), eine andere «Reformpartei» im Iran, warnte die Grüne Bewegung davor, «in die Falle des Radikalismus und der Gewalt zu tappen». Laut OMIR verpassen «die Extremisten in der Regierung (...) die letzte Chance, die Probleme des Landes im Rahmen der Verfassung und der nationalen Interessen zu lösen».

Der in London ansässige Atta allah Mohajerani, Ex-Kulturminister während der Amtszeit von Mohammad Khatami, verglich am 4. März 2011 den heutigen Revolutionsführer Ali Khamenei mit Hosni Mubarak und folgert daraus: Mubarak und seine Familie ist korrupt gewesen und dies ist bei Khamenei nicht der Fall. Deshalb tendiert die «Grüne Bewegung» zu Reformen und nicht zu Revolution. Unter Reformen verstehen die «Reformisten» den Aufbau einer «Islamischen demokratischen Republik».

Es ist eindeutig einsehbar, dass die sogenann-

ten «Reformisten» die Hauptforderungen der «Grünen Bewegung» – das gesamte System zu stürzen – manipulieren und bewusst auf «freie Wahlen» und «vollständige Abhandlung der [existierenden] Verfassung» reduzieren. Die am 14. Februar 2011 von den DemonstrantInnen ausgerufenen Parole «Wir wollen keine Islamische Republik!» wird von den sogenannten «Reformisten» gern ignoriert.

Regime- oder Regierungsgegner

Im Gegensatz zu den sogenannten «Reformisten» argumentieren AuflösungsbefürworterInnen, dass der Aufbau eines demokratischen Systems die Auflösung des jetzigen Systems voraussetzt. Freie Wahlen können nicht gewährleistet werden, solange der Wächterrat existiert. Der Wächterrat ist eine Kontrollinstanz mit zwölf Sitzen. Diese Sitze werden zur Hälfte von Geistlichen und zur Hälfte von Juristen besetzt. Die Geistlichen werden direkt vom obersten Rechtsgelehrten ernannt. Die Juristen werden vom Parlament gewählt, wobei nur vom obersten Richter genehmigte Personen vom Parlament gewählt werden dürfen. Der oberste Richter wird wiederum vom obersten Führer ernannt. (Art. 157 der Verfassung der IRI.)

Der Wächterrat wird gebildet «um Widersprüche zwischen den Beschlüssen des islamischen Parlaments und den islamischen Vorschriften oder der Verfassung zu verhindern» (Art. 91). Und: «Das islamische Parlament besitzt ohne Bestätigung des Wächterrates keine Befugnisse» (Art. 93). Dies zeigt, dass die Verfassung keine Machtverteilung vorsieht. Der oberste Führer hat die Kontrolle über alle Instanzen inne. Legislative und Exekutive werden dem Wächterrat unterstellt. Alle Beschlüsse des Parlaments müssen auf islamischen Vorschriften basieren und die Meinungsfreiheit ist nur dann gewährleistet, wenn sie mit den islamischen Vorschriften konform ist. Die heutige Verfassung der IRI passt ins Mittelalter und sieht die Diskriminierung von Frauen, religiösen Minderheiten, DissidentInnen und Säkularen gesetzlich vor.

Man kann sagen, dass das die breite Masse der Demonstrierenden RegimegegnerInnen sind, während die «Führer der Bewegung» und besonders die «Reformisten» im In- und Ausland nur Regierungsgegner sind. Wenn sich die Massen den selbst ernannten «Führern» der Grünen Bewegung anschliessen und am gleichen Strick ziehen, bedeutet dies nicht, dass sie die gleichen Ideale haben wie diese «Führer». Sie haben für den Moment zwar die gleichen Methoden, aber ihr Ziel unterscheidet sich. Es ist unausweichlich, dass sich ihr Weg früher oder später trennen wird. Kurz: Die «Führer» der «Grünen Bewegung» sind dem Regime der Islamischen Republik treu und beharren auf islamischen Prinzipien. Die «Grüne Bewegung» ist hingegen pluralistisch und strebt nach einem demokratisch-säkularen System. Die Führer von Bewegungen und Revolutionen sind normalerweise progressiver als die Massen. Bei den «Führern» der «Grünen Bewegung» erleben wir das Gegenteil. Ist das die Ironie der Iranischen Geschichte?

Oppositionszeitung verboten

Im Rahmen der Zerschlagung der Protestbewegung haben die Behörden in Bahrain die grösste Oppositionszeitung verboten. Die Zeitung «Al-Wasat» erschien am Sonntag, 4. April nicht. Kurz zuvor hat das Informationsministerium ein Verbot erlassen. Auch die Online-Ausgabe der Zeitung wurde gesperrt. Als Grund wurde eine «unethische» Berichterstattung der Zeitung über den Aufstand gegen die sunnitischen Herrscher des Königreiches angeführt, wie die amtliche Nachrichtenagentur BNA meldete. Das Regime im Golfstaat hat seit Beginn der seit Wochen anhaltenden Proteste seine Kontrollen über die Medien drastisch verschärft.

Generation Revolution: von Bengasi bis Lampedusa

Redaktion. **Alma Allende beobachtete für die Website «Rebellion» die Tunesische Revolution. Sie stellt Fragen an Daniele del Grande, der seit zwei Wochen vor Ort in Bengasi ist. Er berichtet aus der Mitte der Aufständischen. Ein Interview, das helfen soll, die Entwicklung in Libyen besser zu verstehen.**



Gabriele, die UNO-Intervention wurde beschlossen und Libyen wird von den Alliierten bombardiert. Einige Antiimperialisten versuchen den Nachweis zu erbringen, dass die Revolte von Anfang an von den westlichen Mächten vorbereitet wurde. Gab es einen solchen externen Plan oder hat es sich um spontane Revolten von unten gehandelt, wie in Tunesien und Ägypten?

Ich bin mit denen, die rufen, es habe eine Verschwörung gegeben, überhaupt nicht einverstanden. Wie in Tunesien, Ägypten, dem Jemen und jetzt auch in Syrien sind die Revolten in Libyen nicht die Frucht amerikanischer Verschwörungen, sondern vielmehr die natürlichste Antwort gewesen, die wir nach jahrzehntelangen – im Namen der Stabilität und guter Geschäfte von den Grossmächten unterstützten – Diktaturen erwarten konnten. Sie sind spontan gewesen und von unten ausgegangen. Es verwundert, dass Verschwörungstheorien aus linken Kreisen kommen. Das ist ein interessantes Paradoxon. Es sind vor allem die Armen, die in Kairo, wie in Tunis und Bengasi, auf der Strasse sind. Die Armen aber fordern keine Löhne, sie wettern nicht gegen die Bonzen, sie identifizieren sich nicht mit der Arbeiterklasse – zumindest noch nicht. Vor allem fordern sie Freiheit und sie sehen sich vordergründig als Bürger. Die wichtigsten Instrumente, die es ihnen erlauben, sich zu organisieren, sind Konsumgegenstände: der Computer, mit dem man ins Netz gehen kann, und die Videohandys, mit denen sie das, was auf der Strasse passiert, festhalten. Schliesslich gibt es noch ein generationsspezifisches Element. Es handelt sich im Gegensatz zu Italien, wo der Bürger im Durchschnitt im kalten Krieg heranwuchs, um junge Länder. Der Grossteil der Bevölkerung ist weniger als 25 Jahre alt und drängt auf Wandel. Einen Wandel, den wir am nördlichen Ufer nicht zu begreifen vermögen – auch wegen einer rassistischen und kolonialen Herangehensweise, von der wir uns noch nicht befreit haben. Europa hält sich für die einzige Wahrerin der Demokratie, als handle es sich dabei um einen Begriff, der einigen aber nicht allen eigen ist. Und sie hält es für nicht möglich, dass ein muslimisches Land nach Freiheit statt nach religiösem Obskurantismus streben könnte. Das ist der Grund, weshalb die Verschwörungstheorien greifen. Wir können nicht akzeptieren, dass «ihr» Wiederaufleben «unserer» Dekadenz gegenübersteht.

Warum glaubst du, dass die USA, die EU und auch Italien sich für eine «humanitäre» Intervention gegen einen Freund und Verbündeten entschieden haben?

Aufgrund eines kapitalen Berechnungsfehlers. Ich erläutere das: Anfangs schien es so, als würde das Gaddafi-Regime innerhalb weniger Tage zusammenfallen. In Tunesien und Ägypten lief es so ab. Es gab in jenen Tagen einen Wettlauf der Weltmächte, um einerseits die libysche Diktatur zu verurteilen und andererseits um Signale der Öffnung an die Aufständischen zu senden, damit die Kontinuität der Ölverträge und der milliardenschweren Aufträge aus Libyen gewahrt bleibt. Dann hat sich Gaddafi jedoch als härterer Brocken erwiesen als vermutet worden war. Dank dem Spiel auf Zeit der UNO und dem Antreten von Söldnern aus anderen afrikanischen Staaten, die Professionelle des Krieges sind in den Städten der Aufständischen eingesetzt werden, konnte Gaddafi an Boden gewinnen. So haben die internationalen Grossmächte eine Entscheidung treffen müssen, um ihre Interessen in Libyen zu verteidigen: Entweder auf die Aufständischen setzen oder umkehren. Dies hätte allerdings die Gefahr beinhaltet, dass Gaddafi – vor dem Hintergrund seines eigenwilligen und wankelmütigen Handlings des «Systems Libyen» – aus Resentiment die Verträge mit den Gesellschaften jener Staaten aufhebt.

Wer gehört dem libyschen Nationalrat an? Sind es Agenten des Imperialismus, gute Revolutionäre oder eine Mischung aus allem?

Es sind Gestalten unterschiedlichsten Hintergrunds. Vor allem Anwälte, Richter, Geschäftsleute und das ein oder andere saubere Gesicht des Regimes. Einige sind nach Jahren des Exils im Ausland nach Libyen zurückgekehrt, besonders aus den USA. Aus ihren Erklärungen geht deutlich hervor, dass sie ein geeintes Libyen anstreben. Es soll auf einem verfassungsrechtlichen, parlamentarischen und von Parteien getragenen System beruhen, welches, mit der Hauptstadt Tripolis, die alten Ölverträge einhält und die Freiheit der Meinungsäusserung, der Bildung von Vereinigungen und Unternehmen sowie der Gesinnung anerkennt. Die Arbeit, die vor ihnen liegt, ist unendlich gross, weil die Zivilgesellschaft in Libyen seit 42 Jahren praktisch nicht existiert. Es gibt keine Vereinigungen. Es gibt keine Gewerkschaften. Es gibt

keine politischen Parteien. Es gibt keine Institutionen. Es gibt nur das Netzwerk der Volkskomitees Gaddafis, seine Spezialkräfte und eine Armee, die nichts zählt sowie die lange Hand des grossen Häuptlings, der je nach Laune über alles entscheidet.

Gibt es in Bengasi eine organisierte Linke? Welche Rolle haben die Jugendlichen gespielt?

Die Linke gibt es nicht und wenn sie es gibt, dann sieht man sie nicht. Noch mal: Es gibt und gab in den letzten vierzig Jahren keine politischen Parteien. Jede Form des Dissenses ist repressiv unterdrückt worden. Die einzige interne Opposition der letzten Jahrzehnte ist der politische Islam gewesen, der härtester Repression ausgesetzt war. Es genügt, an die 1 200 Islamisten zu denken, die 1996 im Abu Salim-Gefängnis in Tripolis in einer Nacht niedergemetzelt wurden. Und auch die Revolution vom 17. Februar ist durch den Funken einer ihrer Proteste entstanden, als die Angehörigen der Opfer vom 15. Februar auf die Strasse gingen um Gerechtigkeit zu fordern. Sonst ist es eine spontane Bewegung, die vor allem aus jungen Menschen besteht, die auch naiv sein mögen, aber im positiven Sinne. Das heisst, es gibt eine Generation, die ohne Sophismen beschlossen hat, dass es sich lohnt, um die Freiheit zu kämpfen und dem Gaddafi-Regime ein Ende zu setzen – auch um den Preis des eigenen Lebens.

Wie war die soziale und wirtschaftliche Lage vor den Revolten? Ist Libyen nicht ein reiches Land? Warum also der Protest?

Das ist wieder sehr interessant. Im Unterschied zu Tunesien und Ägypten ist Libyen ein reiches Land. Auch in diesen Tagen sieht man brandneue Geländewagen durch die Gegend fahren und die Häuser, in denen ich war, sind Häuser der Mittellasse. Die Armen in der Stadt sind vor allem Ausländer. Ägypter, Sudanesen, Tschader, Tunesier, Marokkaner, Nigerianer, die auf der Suche nach Glück nach Libyen eingewandert und bei der Verrichtung der niedersten und am geringsten entlohnerten Arbeiten geendet sind. Anders verhält es sich auf dem Land und in bäuerlichen Regionen, die entschieden unterhalb des Lebensstandards der Städte leben. Hier wird aber nicht wegen der Löhne protestiert – ich betone es noch mal. Ich habe nie gehört, wie das Wort «Lohn» ausgesprochen wurde. Natürlich wird die Korruption angeprangert, der springende Punkt ist aber die Freiheit und das Ende der Diktatur und des Staatsterrorismus. Darüber hinaus ist es klar, dass alle glauben, dass eine auf das Allgemeinwohl bedachte Verwaltung des Öls dem ganzen Land grossen Reichtum, mehr Bildung und Lebensqualität einbringen wird.

Haben die Bewohner Bengasis tatsächlich um die Intervention gebeten? Haben sie keine Angst, dass sie die Kontrolle über ihre Revolution verlieren könnten?

Die Bewohner Bengasis haben zu zwei Dingen klare Vorstellungen. Sie wollen die Flugverbotszone sowie die Bombardements der Alliierten gegen die Luftwaffe Gaddafis und gegen sein schweres Gerät, welche die Zivilbevölkerung bedrohen. Gleichzeitig wollen sie weder einen Einmarsch ausländischer Truppen noch eine militärische Besatzung. Das sagt die Strasse und der nationale Übergangsrat bekräftigt es.

Die Verschwörungstheoretiker fragen sich, wieso die Demonstranten sich nach den ersten Tagen sofort bewaffnet haben. Woher haben sie diese Waffen genommen? Wer hat die Rebellen versorgt?

Es ist seltsam, dass sie sich stattdessen nicht fragen, wer Gaddafi bewaffnet hat und woher er all die Panzer und Raketenwerfer genommen hat, mit denen er die Zivilbevölkerung terrorisiert. Um aber zur Frage zu kommen: Es handelt sich um eine sehr simple Dynamik. Am 15. Februar beginnt der Protest in Bengasi. Wie in Tunis und in Kairo weigert sich die Armee, auf das Volk zu schießen. Allerdings eröffnen

Spielabbruch in Kairo

Während der Spielbetrieb in der ägyptischen Fussball-Liga seit Wochen eingestellt ist, kam es bei einem afrikanischen Champions League-Spiel in Kairo am 4. April zu schwerer Fan-Krawallen. Während des Spiels zwischen Zamalek und Africain Tunis kam es zu heftigen Ausschreitungen. Tausende stürmten beim Spielstand von 2:1 das Spielfeld, attackierten die Sicherheitskräfte, den algerischen Schiedsrichter und die tunesischen Spieler. Auf Grund der chaotischen Szenen musste das Spiel in der 52. Minuten abgebrochen werden. Mittlerweile hat sich der ägyptische Ministerpräsident Sharaf bei der Regierung und der Bevölkerung Tunesiens sowie bei den Spielern und beim algerischen Unparteiischen entschuldigt.

Spezialsicherheitskräfte Gaddafis das Feuer. Es gibt mindestens 300 Tote. Unter dem Druck des Volkes öffnet die Armee daraufhin die Kasernen. Es lässt zu, dass sich die jungen Leute die alten Kalaschnikows und die wenigen Raketenwerfer holen, die in den Depots liegen. Mit diesen Waffen gelingt es ihnen, Gaddafis Spezialkräfte aus der Stadt zu verjagen, Bengasi zu verteidigen und die Nachbarstädte Ljadabiya, Brega und Ras Lanuf zu befreien. All das bis Gaddafis Sondereinheiten, mit Panzern und Raketen bewaffnet und von der libyschen Luftwaffe unterstützt, mit Bombardements Panik in den Reihen der Aufständischen auslösen. Es ist wahr, dass in den Tagen, die auf die ersten militärischen Niederlagen gegen die Armada Gaddafis folgen, neue Waffen und Munition in der Stadt ankommen. Es sind erneut alte Kalaschnikows und auch Flugabwehrartillerie. Jemand hat drei Hubschrauber und zwei Mirage-Flugzeuge wieder in Gang gesetzt, die später beide abgeschossen werden. Eines durch «friendly-fire» und eines wegen der Explosion des Motors. Wenn es auch ein Rätsel ist, woher diese neuen Waffen gekommen sind, so ist dagegen sicher, dass es sich um leichte Waffen von extrem schlechter Qualität handelt.

Wie könnte die westliche Intervention den Verlauf der libyschen und arabischen Revolutionen beeinflussen?

Das hängt davon ab, welche Entscheidungen fallen werden. Vorerst hat das Bombardement der schweren Artillerie Gaddafis einfach ein Massaker abgewendet. Mit Sicherheit wurden hunderte libysche Soldaten und Söldner getötet. Mit Sicherheit hätte man das durch eine vorherige Intervention auf diplomatischer Ebene verhindern können, vielleicht zehn Jahre zuvor, statt den Diktator seit dem Ende des Embargos 2004 zu hofieren. So wie die Dinge stehen, hat jenes Bombardement aber die Eroberung Bengasis durch dreissig Panzer und zwanzig Raketenwerfern verhindert, als diese bereits vor den Toren standen und nachdem ein einziger Gefechtstag in der Stadt 94 Tote gekostet hatte! Ob der Krieg gefällt oder nicht – und mir gefällt er nicht – das ist es, wovon wir reden. Jetzt ist es notwendig, dass die Intervention aufhört und dass der Rest der Arbeit von den Libyern erledigt wird. Das Problem ist nicht «Krieg ja oder nein». Der Krieg ist schon da. Und es ist ein Befreiungskrieg. Der Krieg eines Volkes gegen sein Regime. Es darf kein Kolonialkrieg gegen eine Regierung werden, die den eigenen, besonderen Interessen feindlich gegenübersteht. Anhand dessen, was ich in diesen Tagen gesehen habe, fühle ich mich motiviert, das libysche Volk umfassend zu unterstützen. Im besten Falle wird eine auf ein neoliberales Wirtschaftssystem gestützte, verfassungsrechtliche Republik dabei heraus kommen. Das mag uns nicht zusagen, es ist aber das, was den Libyern zusagt und die werden wohl das Recht haben, über ihre Zukunft zu entscheiden! Gaddafi im Namen seiner sozialistischen Maske zu unterstützen ist

nicht nur dumm, sondern etwas für Komplizen eines Kriegsverbrechers.

«Gaddafi darf kein Haar gekrümmt werden, die Bilder seines bombardierten Hauses tun mir weh», sagte Berlusconi. Er sagte auch, dass er die Absicht habe, einen Besuch in Tripolis zu absolvieren, um mit dem Rais über «einen ehrbaren Gang von der Bühne» zu verhandeln. Aus welchem Grund?

Berlusconi spricht wegen seines Allmachtswahnes so und wegen seiner ständigen Suche nach einem Platz unter den grossen Staatsmännern der italienischen Geschichte. Vermutlich auch, um die italienische und internationale Öffentlichkeit von seinem Hurenbock-Image abzulenken, das seit den letzten, von der italienischen Richterschaft und Presse so morbide untersuchten Sexskandalen an ihm haftet.

Reden wir über Lampedusa. Dort waren 11 000 Migranten gelandet, doch nun befinden sich dort nurmehr 3 000 Migranten. Von 2 000 Menschen ist bekannt, dass sie verlegt wurden. Von weiteren 5 000 bis 8 000 Menschen behauptet das Innenministerium, dass sie im Land «verteilt» seien. Gibt es hier einen Zusammenhang mit Libyen?

Nein, vorerst gibt es keinen Zusammenhang. Es wird ihn aber geben, sobald Schiffe wieder aus Zuwara ablegen werden, vermutlich nach dem Ende der Revolution. Auf der Insel kommt momentan keiner an, der auf der Flucht aus Libyen wäre. Gewiss, von hier sind 250 000 Ausländer weggegangen, besonders Ägypter und Tunesier, aber auch Chinesen, Bangladeschis und andere. Sie sind inzwischen aber zum grossen Teil heimgekehrt, um später wieder in Libyen zu arbeiten. Die libyschen Flüchtlinge bewegen sich für den Moment von einer Stadt des Landes in die nächste und suchen in den befreiten Zonen im Osten Zuflucht. In Lampedusa sind hingegen ausschliesslich Tunesier angekommen, die zudem aus Zarzis, Djerba und Tatouine stammen. Auch hier liegt nicht das Chaos der Revolution die Ursache des rasanten Anstiegs der Abfahrten, wie viele behauptet haben, die nach politischem Asyl rufen und von Flüchtlingen reden. Es liegen stattdessen zwei Faktoren vor. Ein eher zufälliger, der mit der tunesischen Wirtschaftskrise zusammenhängt, welche auf den Zusammenbruch des Tourismus gefolgt ist. Der zweite hängt mit dem kollektiven Abenteuer zusammen. Noch mal: Allein nach einem Krisenschema zu rasonieren ist oberflächlich und rassistisch, weil wir so dazu gebracht werden, zu vergessen, dass von jungen Leuten die Rede ist, die uns mit ihren Träumen und ihrem Sinn für Herausforderungen gleich sind. Tausende junge Leute haben gelernt, dass es richtig ist, zu rebellieren. Ohne es vielleicht rational erfasst zu haben, haben sie begonnen, gegen die Ungerechtigkeit der Grenze aufzubegehren. Sie wollen zu ihren Verwandten nach Paris, sie wollen ein paar Monate arbeiten, sie wollen das nördliche Ufer sehen, sie wollen sich mit einer Italienerin verlo-



ben. Sie wollen reisen. Der Grund ist ihre Sache, denn das Reisen ist schliesslich nichts, das nur Verzweifelte betreiben. Es ist, ganz im Gegenteil, ein nicht wegzudenkender Teil des Lebens aller jungen Leute von heute. Deswegen sage ich, dass es im Endeffekt nicht schlecht ist, dass Lampedusa überfüllt ist. Das wirft auf explosive Weise ernste Fragen auf. Das Regime der Kriminalisierung der Bewegungsfreiheit muss fallen, genauso, wie die Diktaturen am Mittelmeer gefallen sind. Die Zeit ist inzwischen reif.

Hast Du nicht das Gefühl gehabt, parteiisch zu sein, indem du aus Bengasi schreibst? Wie beurteilst du die Qualität der Information zu Libyen Bengasi? Hat man uns manipuliert?

Die linke – eine bestimmte Linke – sagt, dass Gaddafi die Demonstranten nie bombardiert hat und dass dies der Beweis dafür sei, dass alles gelogen ist. Aber auch einige linke Journalisten – wie Mateuzzi von «Il Manifesto» oder «Telesur» – haben eine partielle oder geradezu falsche Information betrieben. Klar bin ich parteiisch. Ich bin mir dessen bewusst und stolz darüber. Jede Erzählung hat einen Standpunkt und es wichtig, den eigenen zu wählen. Ich schreibe von Grenze und nehme dabei den Standpunkt der Zurückgewiesenen und der Familien derer an, die auf See gestorben sind, statt den Standpunkt der europäischen Bourgeoisie oder der Grenzpolizei. Genauso habe ich auch aus der Mitte der Aufständischen und nicht aus der Mitte der Schergen der Diktatoren von den Revolutionen in Tunesien und Ägypten erzählt. So ist es auch in Libyen. Ich will nicht der Sprecher eines Kriegsverbrechers wie Gaddafi sein. Ich wäre hingegen gerne in Tripolis, allein schon, um vom Dissens in der Hauptstadt zu erzählen. Der verschwand nämlich aus den Nachrichten, nachdem die ersten, schüchternen Demonstrationen im Blut ertränkt und alle eingebetteten Journalisten in die Hotels gesperrt und gezwungen wurden, lediglich die vom Regime selektierten Nachrichten zu co-vern. Folglich bin ich parteiisch. Ich ziehe es vor, auf der Seite derer zu sein, die für die Freiheit kämpfen, statt auf der Seite desjenigen, der Söldnertruppen oder Raketenwerfer einsetzt, um das eigene Volk anzugreifen, weil er nach 42 Jahren Diktatur die Macht nicht loslassen will. Und jetzt kriegt die Linke eine Krise, weil Gaddafi ein Symbol für Sozialismus und «Thirdworldismus» gewesen ist. Noch heute hat er viele Freunde. Unter denen ist Chavez und damit «Telesur», auch Valentino Parlato und damit Il Manifesto. Was die Libyenfrage betrifft, würde ich diese beiden Medien also nicht als Beispiel für guten Journalismus benennen. So wie ich auch nicht den TV-Sender «Al Arabiya» benennen würde, der die falsche Zahl von 10 000 Toten in Umlauf brachte. Auch alle anderen Medien disqualifizieren sich, die ohne Beweise die Nachricht der Bombardements auf Demonstrantenumengen und der Massengräber verbreitet haben und dabei sogar so weit gegangen sind, auf unangebrachte Weise das Wort Genozid zu verwenden. Hierbei kommt zum x-ten Mal die mangelnde Qualität des heutigen Journalismus zu Tage, insbesondere des italienischen. Vor allem wenn es darum geht, Phänomene darzustellen, die von den gewohnten Denkmustern abweichen: Sozialismus und Diktatur, Krieg und Frieden, Islam und Demokratie. Gerade deswegen scheint es mir wichtig, hier zu sein und von den Geschichten der wahren Protagonisten dieser Revolution zu schreiben – den Kids der neuen libyschen Generation.

Daniele del Grande

Der als Journalist, Blogger und Autor arbeitende italienische Menschenrechtsaktivist Daniele del Grande hält sich seit mehreren Wochen in Bengasi auf, um von dort über die Libysche Revolution und den Krieg zu berichten. Er ist durch seinen Blog «Fortress Europe» und einige Publikationen zum Thema Migration und Grenzen international bekannt. Die für das Infoportal «Rebellion» aus Tunesien berichtende spanisch-tunesische Linksaktivistin Alma Allende führt das Interview und stellt verschiedene unbequeme Fragen. Es geht um die Lage am südlichen Rand des Mittelmeers, um Lampedusa und auch um den latenten Rassismus des Westens.



Der schmale Grat zwischen Aufstand und Revolution

Karakök Autonome. **Die massiven Aufstände in Nordafrika werden überschattet vom Krieg in Libyen. Was wollen die westlichen Staaten mit ihrem Angriff? Und warum müssen wir gegen Gadaffi, aber auch gegen die NATO-Intervention sein? Diese Fragen werden im folgenden Artikel thematisiert.**



Nach dem Tod des jungen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi, der sich selbst anzündete, rollte eine Welle der Aufstände durch Nordafrika. Die Hoffnung einer Bevölkerung, die unter prekären Lebensumständen und Unterdrückung litt und die längst darauf wartete zu explodieren, entzündete sich in einem ungeahnten Ausmass und zu einem unerwarteten Zeitpunkt. Während die um sich schlagende revolutionäre Initiative von Seiten unterdrückter und ausgebeuteter Gesellschaftsschichten mit Euphorie und Hoffnung aufgefasst wurde, begann gleichzeitig die imperialistische Panik und Panikmacherei. Mit dem Beginn der Aufstände wurde beispielsweise Gaddafi – ein jahrelang von imperialistischen Kräften grossgezogenes Kind – zum Diktator sowie Unterdrücker der libyschen Bevölkerung deklariert. Wieso erfolgte dies just zu diesem Zeitpunkt? Interessieren sich kapitalistisch-führende Staaten tatsächlich für das Schicksal der libyschen Bevölkerung? Wohl kaum. Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform stellt Profitvermehrung und -erhaltung ins Zentrum der Interessen und nicht die Lebensbedingungen der Bevölkerung. Es liegt ihr also nichts ferner, als ausgerechnet in Letzteres in Form eines militärischen Einsatzes auch noch selbstlos Kapital zu investieren.

Erdöl und geostrategische Interessen

Libyen verfügt über die siebtgrössten Erdölvorräte weltweit. Bereits jetzt kontrollieren Gaddafis Gegner die meisten Exporthäfen. Hierbei bestehen gefestigte Beziehungen zu westlichen Kräften. So unterstützt die CIA seit Wochen Aktionen der libyschen Gaddafi-Gegner. Interessant ist auch der Aspekt, dass sich kapitalistisch-führende Länder ausgerechnet Libyen inmitten der in Aufruhr geratenen nordafrikanischen Länder herausgepickt haben und eifrig Propaganda zur Berechtigung eines militärischen Einsatzes vorantreiben, wie wir sie beispielsweise bereits vom Irak-Krieg kennen. In Ägypten wurde nicht ähnlich aggressiv vorgegangen, als Truppen Mubaraks DemonstrantInnen angriffen. Wohl nicht umsonst: Zeigte doch die Erdöl-Exportquote Ägyptens in den vergangenen Jahren eine Abnahme, während der Import stark zugenommen hat. Die aktuelle Initiative kapitalistisch-führender Staaten ist eine strategisch hochrelevante Massnahme, um die Kontrollmacht über

die Ressourcen zu gewährleisten und das aufmüpfige, nicht optimal kooperative «Sorgenkind» Gaddafi auszuschalten. Mehrere Staaten im arabischen Raum wurden im Rahmen des 1. und 2. Verteilungskrieges durch imperialistische Staaten kreiert. In den Sechzigerjahren kam es schliesslich im Rahmen sowjetischer Annäherung und Unterstützung zu einer Machtreiung der nationalistisch-panarabischen und sozialistischen Baath-Parteien in mehreren arabischen Ländern. In deren Folge putschten sich in mehreren Ländern militärische Diktatoren an die Macht. Hiermit verloren aber gleichzeitig die westlichen Kräfte ein wesentliches Mass an Macht und Kontrolle über die betroffenen Gebiete und deren Ressourcen. Die aktuelle Situation in Nordafrika ist daher für kapitalistisch-führende Regierungen eine Gelegenheit, um Einfluss auf kooperative Kräfte zu nehmen und die eigene Ressourcenversorgung zu sichern.

Die Sicherung des Konsums

Diese indirekte Form der Besetzung wird mit populär wirksamen Argumenten gestützt, so beispielsweise mit der Ressourcenknappheit – ein heute immer stärker und unverblümt dargelegtes Argument. Der Kapitalismus hält sich am Leben durch seine KonsumentInnen und der hierfür nötigen Produktion. Längst bestimmt das Angebot die Nachfrage und nicht umgekehrt. Ich konsumiere, also bin ich. So die im Kapitalismus anerkannte und reproduzierte Logik. Durch ein starr strukturiertes System, basierend auf Konsum und Verkauf, wird eine immense Abhängigkeit erschaffen (neue medizinische Studien belegen übrigens, dass beim Anblick populärer Brands wie Gucci oder Ferrari beziehungsweise beim aktiven Konsum deren Produkte das selbe Hirnareal aktiviert wird, welches für religiöse Empfindungen zuständig ist. Das Konsumzentrum entspricht also dem Religionszentrum des Menschen. Dies nur am Rande als interessanter Nebenaspekt). Diese Abhängigkeit impliziert gleichzeitig Angst vor dem Verlust der suchtbefahenen Güter. Zur Vermeidung dieses Verlustes werden gerne Mittel zum Zweck in Kauf genommen, die weder ethisch noch ökologisch oder sozio-ökonomisch gerecht sind. So dient die Aufrechterhaltung des Konsumverhaltens beispielsweise immer wieder zur Argumentation der Notwendigkeit von Atomenergie. Auch die Argumentation der Angriffe auf Libyen folgt einem ähnlichen Muster: Kapitalistisch-führende Staaten sind auf eine Aufrechterhaltung und einen Ausbau des vorhandenen Ressourcenstandards angewiesen, ebenso wie breite Bevölkerungsteile, die sich zur Sicherung der eigenen Konsumexistenz bereitwillig hinter das Vorgehen ihrer Regierungen stellen werden.

Gegen die NATO und Gaddafi

Selbstverständlich sind das Selbstbewusstsein, der kollektive Widerstand und die Entschlossenheit der Aufstände im nordafrikanischen Raum von grosser Bedeutung und verdienen unsere vollste Solidarität. Die Bevölkerung Nordafrikas hat einen Meilenstein gelegt, der tief greift und einen weiten Aktionsradius erfasst hat. Seit Jahren bestehende Einparteien- und Militärdiktaturen sind durch die Macht der Massen gestürzt worden. Nicht immer bedeutet aber der Sturz einer Diktatur per se eine Revolution, sondern kann unter gewissen Bedingungen in eine andere Form der Diktatur übergehen. Diese Bedingungen werden aktuell von kapitalistisch-führenden Regierungen künstlich kreiert. Eine Kritik am Gaddafi-Regime und der Angriffe seiner Truppen auf die libysche Bevölkerung ist sicherlich von Nöten. Sie sollte sich aber in gleichem Masse gegen die Vereinnahmung der Bewegung durch US-amerikanische und europäische Regimes richten. Aufstände führen erst dann zur Revolution, wenn sie unabhängig bleiben und die Anliegen der Bevölkerung, und nicht diejenigen herrschender Kräfte, realisieren können.

WWW.KARAKOK.ORG

Globale Krise – Revolten und Krieg in Nordafrika. Öffentliche Veranstaltung mit Diskussion, organisiert von der Gruppe Eiszeit und der IKS. Streiks und Proteste haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Weltwirtschaftskrise hat die Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung verschärft, und zwar weltweit. Die Revolte in Tunesien im Januar 2011 löste massive Proteste in ganz Nordafrika und Ländern des Arabischen Raums aus. Getarnt als «humanitärer Einsatz» führt die Nato nun Krieg gegen Gaddafis Schergen. Diskutieren wir über den Krieg in Libyen einerseits, aber auch über die Proteste und den Klassenkampf andererseits. Was ist die Perspektive des Klassenkampfes in Nordafrika und was ist eine internationalistische Haltung gegenüber dem Krieg?

SA, 9. APRIL, 19.00 UHR, VOLKSHAUS, ZÜRICH

Katanga Business. (Belgien / Frankreich 2009, 120 Minuten, OV/e) Gouverneur Moïse Katumbi – ein «kapitalistisch-populistischer Mix aus Silvio Berlusconi und Hugo Chávez» – liegt im erbitterten Kampf um die wertvollen Bodenschätze Kobalt, Erz, Wolfram und Kupfer im Clinch mit chinesischen und westlichen Investoren. Hauptleidtragende dieser neuen ökonomischen Kolonialisierung sind die Ärmsten der Armen.

SO, 10. APRIL, 11.00 UHR, KUNSTMUSEUM (HODLERSTRASSE 8), BERN

Gräsl. Das Gräsl entstand im Sommer 2010 mit dem Hintergedanken, einen Tierbefreiungshof zu gründen. Doch es ist viel mehr als nur das: Es ist ein alternatives Wohn-, Kultur- und Politprojekt, mit dem wir unserem Ideal von gesellschaftlicher Solidarität gegenüber Menschen, Tieren und der Natur einen Schritt näher kommen wollen. Das Gräsl soll seinen BewohnerInnen ein möglichst selbstversorgendes, ökologisches und freies Leben ermöglichen.

MO, 11. APRIL, 18.30 UHR, INFOLADEN KASAMA (MILITÄRSTRASSE 87A), ZÜRICH

«Für eine andere Welt». (Frankreich, 2010, 52 Minuten). Seit Beginn dieses Jahrhunderts gab es mehr Bürgerunruhen als in den 1960er Jahren. In Athen gingen SchülerInnen und Studenten auf die Strasse, in Kopenhagen die «Altermondialisten» und in der chinesischen Stadt Shenzhen die Arbeiter der Ricoh-Werke. Auf den ersten Blick haben diese Bewegungen nichts miteinander gemein. Ausser: Sie werden alle von jungen Menschen getragen, die ihrer Unzufriedenheit über die Globalisierung Gehör verschaffen wollen. Die Dokumentation untersucht die Beweggründe der Protestierenden.

DI, 12. APRIL, 19.30 UHR, KULTIBEIZ (ZÜRCHERSTRASSE 40), WETZIKON

2000-Watt-Gesellschaft. Die Stadt Zürich strebt die 2000-Watt-Gesellschaft auch in der Mobilität an – so will es der stadträtliche Gegenvorschlag zur Städte-Initiative. Doch was bedeutet das ganz konkret für unseren Alltag und wie kann dieses Ziel umgesetzt werden? An einer Veranstaltung der verkehrspolitischen Umweltschutzorganisation umverkehR diskutieren Bernhard Piller (Schweizerische Energiestiftung) und Yvonne Meier (Tiefbauamt Stadt Zürich), wie wir uns in der 2000-Watt-Gesellschaft bewegen können und formulieren, losgelöst von der Tagespolitik, verkehrspolitische Visionen. Eintritt frei, anschliessend Apéro.

DO, 14. APRIL, 19.30 UHR, VOLKSHAUS, ZÜRICH

Tanz dich frei. Der öffentliche Raum gehört allen und niemandem, er steht jedem Menschen gleichermaßen zur Verfügung. Doch heute können ihn nicht alle gleichermaßen nutzen. Am 16. April nehmen wir uns den Raum zurück und fühlen uns frei auf den Strassen zu feiern. Wir starten um 21.00 Uhr bei der Reithalle. Geboten wird ein abwechslungsreicher Abend mit Bands, DJs und Freestyle Rap.

SA, 16. APRIL, 21.00 UHR, REITHALLE, BERN

Anarchistische Banditen vor 100 Jahren. Illegalismus in Frankreich 1900 bis 1914. Ein Bruchstück der Geschichte anarchistischer Bewegungen: Im Frankreich und vor allem im Paris des beginnenden 20. Jahrhunderts gab es eine Strömung innerhalb der anarchistischen Bewegung, die unter dem Namen des «Illegalismus» Diebstahl, Fälschung und Raub als legitime revolutionäre Mittel propagierte und praktizierte. Die Veranstaltung beleuchtet Theorie und Entstehung dieser Strömung. Anschliessend diskutieren wir über mögliche Bezüge und Gemeinsamkeiten mit der heutigen Situation.

DI, 26. APRIL, 20.00 UHR, MAGAZIN (INSELSTRASSE 79), BASEL

Oman

Nach neuen Zusammenstössen bei Protesten gegen die Regierung sind im arabischen Sultanat Oman Dutzende Demonstranten festgenommen worden. Die Sicherheitskräfte hätten zwischen 50 und 60 Menschen in Gewahrsam genommen, teilte die Staatsanwaltschaft am 2. April mit. Die Demonstranten hätten bei den Zusammenstössen in der südlichen Industriestadt Sohar am Freitag Steine auf die Polizei geworfen. Die Polizei schoss mit Gummigeschossen auf die Protestierenden und setzte Schlagstöcke sowie Tränengas ein. Ein 25-Jähriger erlag unterdessen seinen Schussverletzungen. In der Hauptstadt Muskat versammelten sich gleichentags Hunderte aus Solidarität vor dem Parlament. Sohar ist seit Wochen das Zentrum der Proteste im Sultanat. Die Demonstrierenden fordern höhere Löhne, mehr Arbeitsplätze und ein Ende der Korruption. Das ölige Oman wird seit 41 Jahren von Sultan bin Said autoritär regiert.